

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartalsjahr. Zu begleichen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergeschossige Zeitung über dem Raum 80 Pf.
Vergnügungsangebote und Arbeitsermittlungen 20 Pf.
Versammlungsangebote 15 Pf.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Die Verhandlungen, die in der Woche vom 18. bis 21. September in Chemnitz geführt wurden, haben das öffentliche Interesse andauernd wachgehalten. Die Sozialdemokratie ist nun einmal, so schmerzlich das auch den Herrschenden sein mag, ein wichtiger Faktor im politischen Leben. Selbst jene Kreise, die sich über das rapide Wachstum der Sozialdemokratie damit zu beschäftigen suchen, daß sie unaufhörlich die abgeleitete Melodie von der Unfähigkeit der Sozialdemokratie, möglich zu wirken, und von ihrer dadurch bedingten Bedeutungslosigkeit wiederholen, müssen sich, wenn auch zähneknirschend, mit der Tatsache auseinandersehen, daß die Sozialdemokratie nicht nur die weitaus stärkste Partei in Deutschland ist, sondern auch über die stärkste Kraft im Reichstag verfügt. Dieser Umstand müssen auch die hartgesottenen Reaktionäre Rechnung tragen und ihre Pressegänge sind außerstande, den ihnen des öfteren gegebenen Platz zu besetzen, die sozialdemokratischen Versammlungen fortzuschließen. Die Hoffnung auf eine Spaltung der Sozialdemokratie, der man sich in den bürgerlichen Parteien längere Zeit hingeben hat, ist wohl jetzt aufgegeben, aber auch die in jenen Kreisen gehalte Erwartung, daß es in Chemnitz zu scharfen Auseinandersetzungen und tumultuarischen Szenen kommen würde, ist getäuscht worden. Mit Befriedigung können wir konstatieren, daß der Parteitag in Chemnitz einen durchaus würdigen Verlauf genommen und daß er die Einigkeit der Partei und damit ihre Stärke gestärkt hat.

Die Parteitage der sozialdemokratischen Partei unterscheiden sich sehr wesentlich von den entsprechenden Versammlungen der anderen Parteien. Die bürgerlichen Parteien bemühen sich, ihre inneren Zwistigkeiten vor der Öffentlichkeit zu verborgen. Meinungsverschiedenheiten, die beständig in allen Parteien vorhanden sind, werden dort in der Regel hinter verschlossenen Türen zum Ausdruck gebracht. Die Sozialdemokratie ist stark genug, auch über die heikelsten Probleme in aller Öffentlichkeit zu diskutieren. Und wenn in der Höhe des Kampfes gelegentlich durch einmal scharfe Worte fallen, so ist das bei den impulsiven Naturen, die im Hintergrund der Debatten stehen, begreiflich, und man nimmt das auch meist nicht sonderlich trostlich. Es liegt nahe, vergleiche zwischen den sozialdemokratischen Parteitagen und denen des Zentrums zu ziehen, ist das Zentrum doch neben der Sozialdemokratie die einzige Partei, die sich auf Massen stützt. Aber welcher Unterschied in der Qualität der Massen. In der Sozialdemokratie frisches, pulsierendes Leben. Es gibt keine Dogmen, die man blindlings anzuerkennen hat, die Durchsetzungskraft der Argumente, die man für seine Anschaubungen ins Feld führen kann, ist das entscheidende. Auf den Parteitagen des Zentrums, den sogenannten Katholikentagen, ist es gerade umgekehrt. Hier hat man allerdings ein großes Aufgebot von Teilnehmern, die Masse hat aber nichts zu tun, als „Beifall“ und „anhaltenden Beifall“ und „stürmisches Beifall“ zu spenden, wenn der Dirigent auf den Knopf drückt, wie es der Vorsitzende des Aachener Katholikentages so hübsch erläutert hat. Deshalb können die Reden, die durchweg zuvor der Leitung zur Kritik unterbreitet werden müssen, mit allen Beifallsbekundungen schon im Voraus gedröhnt werden und die Zentrumsprese kann dann sogar über Reden berichten, die in Wirklichkeit gar nicht gehalten wurden. Wo die Verhandlungen gehaltreicher sind, ist nicht schwer zu entscheiden.

Überblickt man die vom Parteitag gefassten Beschlüsse, so kann man sich mit ihnen im großen und ganzen einverstanden erklären. Über einige wichtige Fragen, wie die Stellung der Partei zur Trennung, über welche Scheidemann sprach, und den Bergarbeiterstand, den hier in einem ausgezeichneten Referat behandelte, gäbe es in der Partei keine Meinungsverschiedenheiten, deshalb könnten die vorgelegten Resolutionen ohne Debatte angenommen werden. Bei der Stellungnahme zum Imperialismus löste das Reiterat von Haase eine eindrucksvolle Diskussion aus. Hierbei handelte es sich aber eigentlich nur um Meinungsverschiedenheiten über die zweitwichtigsten Mittel zur Bekämpfung des Imperialismus, der die Wehr eines Weltkrieges immer näher rückt. Darüber, daß der heutzutage Großerungspolitik der Herrschenden energetisch entgegengetreten werden muß, herrscht Einmütigkeit. Deshalb erhoben sich auch nur drei Stimmen gegen die vorgelegte Resolution, in welcher u. a. der Erweiterung ausdrücklich gegeben wird, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen

und genossenschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einzusetzen werden".

Eine lebhafte Debatte, in welcher die verschiedenen „Richtungen“ in der Partei gegeneinander kämpften, verursachten die Vorschläge zur Änderung des Parteistatuts. Die wichtigste der beschlossenen Änderungen betrifft die Einführung des Parteiausschusses, dessen Mitglieder von den Vorsitzenden der Bezirks- und Landesorganisationen gewählt werden und die vierjährlich zusammen treten. Die Tätigkeit des Parteiausschusses ist mehr eine beauftragende, die Verantwortung für seine Beschlüsse trägt nach wie vor der Parteivorstand allein. Als eine Änderung von einschneidendem Bedeutung kann man die Einführung des Parteiausschusses kaum bezeichnen, denn die ihm übertragenen Funktionen unterscheiden sich nicht wesentlich von denen der Konferenzen der Bezirkssekretäre, die nun in Wegfall kommen.

Ein Punkt, der besonders scharfe Auseinandersetzungen erwartet ließ, war das Sichtwahlrecht, welches der Parteivorstand mit den Freisinnigen bei der letzten Reichstagswahl getroffen hat. Es war eigentlich nicht sowohl das Abkommen an sich, das Widerspruch erweckt hatte, als vielmehr die „Dämpfung“ des Wahlkampfes in 16 Wahlkreisen, in welchen Freisinnige und Sozialdemokraten gegeneinander in der Stichwahl standen, wobei letztere nur durch die Unterstützung der schwarz-blauen Parteien hätten siegen können. Nachdem Scheidemann ausführlich die Gründe dargelegt hatte, von welchen sich der Parteivorstand bei dem Abkommen hatte leiten lassen, zeigte eine lebhafte Debatte ein, in welcher hauptsächlich Redner aus den Wahlkreisen zum Wort kamen, die von dem Dämpfungsbeschuß betroffen worden waren und die begreiflicherweise an dem Beschuß sehr viel auszusagen hatten. Die große Mehrheit des Parteilages brachte der Schwierigkeit der Situation, in welcher sich der Parteivorstand befand, volles Verständnis entgegen. Die Angelegenheit wurde in der Weise erledigt, daß der Parteitag über alle vorliegenden Anträge und Resolutionen zur Tagessordnung überging. Dieser Beschuß bedeutet faktisch eine grobe Vertrauenslündgebung für den Parteivorstand.

In ähnlicher Weise war vorher schon der Streitfall in Göppingen erledigt worden, der schon im ersten Tage zur Beratung stand. In Göppingen hatte der Parteivorstand durch sein Eingreifen das Parteiblatt vor dem Bankrott gerettet. Das wurde ihm aber von einer kleinen Gruppe von Parteigenossen schlecht gedeckt, die den Parteivorstand in Zwickeln an die Parteipresse im unverantwortlicher Weise angriffen. Der Göppinger Skandal ist eigentlich nur ein Kapitel aus der unheldischen Geschichte des württembergischen Parteitreites, der nun schon seit mehreren Jahren zum Schaden der Partei fortgesetzt wird. Seinen Ursprung hat dieser Streit in persönlichen Differenzen, denen nicht ohne künstliche Nachhilfe der Unschlüssigkeitlicher Meinungsverschiedenheiten in Parteifragen gegeben wurde. Der Parteitag hat im Einverständnis mit dem Parteivorstand von einer speziellen Beschlusssatzung in der Göppinger Angelegenheit abgesehen. Es ist aber deutlich ausgesprochen worden, daß in der dem Vorstand einstimmig erteilten Entlastung auch eine Anerkennung für sein Verhalten in der Göppinger Angelegenheit liegt. Zu wünschen wäre nun, daß die Parteigenossen in Württemberg aus der Diskussion über den Fall Göppingen die richtige Lehre ziehen.

Der Beschuß des Parteilages, der den Parteigenossen die moralische Verpflichtung auferlegt, auf gesonderte Konferenzen zu verzichten, wird vielleicht dazu beitragen, die Angehörigen der verschiedenen Richtungen in der Partei einander näher zu bringen. Es hat überhaupt den Anschein, als könne man sich in der Partei immer mehr darauf, daß die Parteimitglieder, in erster Linie Sozialdemokraten sein müssen. Die Auseinandersetzung der Sozialdemokraten in Adolphe und Republikant, die gegenwärtig mit Miffräumen betrachtet, ist ein Luraus, auf den zu verzichten der Partei nur zum Vorteil gereichen kann.

Doch der Parteitag in Chemnitz zur Maifeier keine andere Stellung einzunehmen würde, als seine Vorgänger, war bestauszählen. Aber es hat bestanden, den Aachen Beschuß aufzuheben, der Beamte, Arbeiter und Mitglieder der Partei, die durch die Feier des 1. Mai keine Uniformen erledigen, verpflichtet, einen Tagesdienst an die Partei- und Gewerkschaftsstätte abzuführen. Der Künzlerat Beschuß hat zu manchen Missverständnissen geführt und seine Ausführung ist deshalb zu begrenzen. Die ganze Maifeierfrage ist verzögert für das kommende Jahr, wo der 1. Mai auf einen gesetzlichen Feiertag fällt, keine

praktische Bedeutung. Wenn aber auf dem nächsten Parteitag, wie beabsichtigt wird, die Materie neu geregelt werden soll, dann sollte man die Konsequenzen der Beschlüsse doch gründlicher überdenken. Aus der Diskussion über den Bericht der Beschwerdekommission ergibt sich z. B., daß der Parteitag der Meinung war, daß die Verpflichtung zur Abschaffung des Tagesdienstes für solche Partei- und Gewerkschaftsangestellte nicht bestand, die am 1. Mai arbeiten müssten. Wir können dieser Ansicht nicht beitreten; wenn man sie aber für richtig erkennt, dann ist es schon besser, es bei der glatten Aufhebung des Münzberger Beschlusses bewenden zu lassen.

Der Gesamteindruck, den der Parteitag hinterlassen hat, war ein durchaus guter. Der Vorsitzende Haase hatte recht, als er in seiner Schlussrede aussprach, daß sich die Verhandlungen durch Sachlichkeit auszeichneten und von einem brüderlichen Geist getragen waren. Möge dieser Geist der Brüderlichkeit auch häufig die Auseinandersetzungen und Diskussionen innerhalb der Partei beherrschen. Das wird dem Fortschritt der Arbeiterschaft nur förderlich sein.

Die Tarifverträge im Holzgewerbe.

V.

Überstunden.

S. S. Es hat sich leider noch lange nicht überall der ernsthafte Wille und die nötige Einsicht herausgebildet, um dem Überstundenumwesen mit ganzer Macht den energischsten Kampf anzusagen. Wenn zwar auch heute vieles besser ist als in früheren Jahren, wo es vielfach gang und gäbe war, die Arbeitszeit ins Ungemessene auszudehnen, so bleibt doch noch manches zu tun übrig, um den alten Schleuderian ein für allemal bei den Kollegen selbst zu beseitigen. Die im Vertrage festgelegte oder auf sonstigem Wege erreichte Arbeitszeit muß von der Arbeiterschaft als das Höchstmäß der überhaupt zulässigen Arbeitszeit auf das strengste respektiert werden.

In dem weiteren Vertragsmuster heißt es:

„Überstunden dürfen nicht verweigert werden, wenn Menschenleben in Gefahr sind, der öffentliche Verkehr gehemmt wird oder erhebliche Störungen des Betriebes entstehen.“

Damit ist die Frage, wann eventuell Überstunden zulässig sind, ganz klar umschrieben. In allen anderen Fällen müssen unsere Kollegen für strikte Einhaltung der bestehenden Arbeitszeit sorgen. Immerhin können durch außergewöhnliche Umstände auch einmal aus dringenden geschäftlichen Rücksichten ein oder mehrere Überstunden sich notwendig machen. Auch dieser Fall ist in dem erwähnten Vertragsmuster vorgesehen durch folgende Bestimmung:

„Über die Notwendigkeit von Überstunden, soweit es sich um einige Tage handelt, entscheidet der Arbeitgeber in Gemeinschaft mit den Arbeitern des Betriebes. Findet eine Einigung zwischen denselben nicht statt, so sollen über eine Woche hinaus Überstunden gearbeitet werden, so ist die Entscheidung der Schlichtungskommission anzureufen.“

Aber haben die Kollegen nicht so ohne weiteres, wenn der Arbeitgeber oder Werkführer mit dem Verlangen nach Leistung von Überstunden an sie herantritt, dem zu entsprechen, sondern sie sollten selber mit prüfen, ob auch wirklich die Notwendigkeit dazu vorliegt. Diese Notwendigkeit wird wohl in den meisten Fällen verneint werden müssen und das besonders dann, wenn noch Arbeitsplätze im Betriebe frei sind oder auch wegen nicht rechtzeitiger Materiallieferung usw. an den übrigen Tagen nicht vorteilhaft weitergearbeitet werden könnte. In Berlin ist es außerdem strenge Vorschrift, daß die in solchen dringenden Fällen geleisteten Überstunden an den folgenden Tagen durch freiwilliges Feiern wieder eingeholt werden, woraus sich ergibt, daß höchstens einmal beim Wiederkommen oder Auftreten von Arbeiten übergearbeitet werden darf, denn anderes wäre ein Einholen der geleisteten Überstunden nicht möglich. Solche strenge Ordnung wäre auch in allen übrigen Betrieben sehr zu empfehlen.

Bei der Mitentscheidung unserer Kollegen über die Notwendigkeit von Überstunden ist besonders zu beachten, daß dieses nicht — wie die Unternehmer verlangen — mit den beteiligten Arbeitern, sondern mit den Arbeitern des Betriebes erfolgen muss. Unter den „Beteiligten“ würden wohl stets einige Günstlinge oder Schwindflüge sein und die Überarbeit würde sehr oft, ohne dagegen etwas ausrichten zu können, zur zweiten Gewohnheit im Betriebe werden. Es ist darum nötig, daß der Gesamttheit das Würdestimmungsrecht gewahrt wird.

Das Gegenstück unseres Standpunktes, wonach Überstunden nur ausnahmsweise im allerdringendsten Notfalle und auch dann nur in ganz beschränktem Umfange geleistet werden dürfen, ist natürlich die strikte und pünktliche Einhaltung der bestehenden Arbeitszeit. Wir wollen anständige und geordnete Zustände schaffen, und so wenig sich hiermit auf der einen Seite das unbegrenzte Losmuthen bis in die Nacht hinein durch Überstunden machen verträgt, ist andererseits das Bummeln und Blaumachen damit in Einklang zu bringen. Wollen wir das eine, werden wir das andere müssen. Bekämpfen wir die Überstunden mit allen erdenklichen Mitteln, können wir andererseits der Unpünktlichkeit und Bummeli nicht das Wort reden.

Aus diesem Grunde haben wir den Arbeitgeber auch den folgenden Passus im Mustervertrag zugestanden:

"Überstunden sind solche, welche die oben festgesetzte wöchentliche Arbeitszeit überschreiten. Feiertage und entschuldigtes Fernbleiben von der Arbeit werden als erfüllte Arbeitszeit mit in Abrechnung gebracht."

Danach muß also erst die festgesetzte wöchentliche Arbeitszeit erfüllt sein, bevor Überstundenauflösungen verrechnet werden. Fehlt der Arbeiter während der Woche einzige oder mehrere Stunden oder gar Tage und er macht dann später an anderen Tagen innerhalb derselben Woche Überstunden, so gibt es hierfür nur dann den vereinbarten Aufschlag, wenn das Fehlen durch Feiertage bedingt war oder aber der Arbeiter sich für sein Fehlen entschuldigt hatte. In Erwähnung einer solchen Entschuldigung geht es für geleistete Überstunden innerhalb derselben Woche des Aufschlages verlustig.

Es ist vielfach gegen diese Bestimmung opponiert worden, doch vermögen wir die Gründe für diese Opposition nicht als durchschlagend anzuerkennen. Wir sind sogar der Meinung, daß es ohnehin eine Pflicht der Höflichkeit ist, sich im Falle des Fernbleibens von der Arbeit beim Arbeitgeber zu entschuldigen; denn auch wir wollen ja höflich und anständig behandelt sein und müssen es daher als unsere Aufgabe betrachten, in dieser Beziehung mit gutem Beispiel voranzugehen.

Arbeitslohn.

Infolge der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber, irgendwelche Lohnnorm im Vertrage festzulegen oder die Lohnfrage überhaupt vertraglich zu regeln, sind wir erst ganz allmählich zur Festlegung von Vertragslöhnen gekommen, ohne natürlich hierfür eine von beiden Seiten anerkannte oder vereinbarte Grundlage zu besitzen. Unsere Hauptaufgabe mußte darin bestehen, den Widerstand der Unternehmer gegen die vertragliche Lohnregelung zu sich zu brechen und wenn das auch in den meisten Fällen gelungen ist, mußte doch die erreichte Regelung selbst dabei zu kurz kommen. Dieser Zustand hat nebenher die verschiedenen Löhnen gezeitigt, so daß wir heute über ein ganzes Sammelsurium von sogenannten "Lohnnormen" verfügen. Da gibt es Normallohn, Einheitslohn, Einheitslöhne, Minimallohn usw. Daß darin ein großer Fortschritt läge, kann man nicht behaupten. Nicht nur die einzelnen Lohnsätze als solche, sondern auch das große Durcheinander, das Platz gegriffen hat, erschweren ein fruchtbringendes Fortschreiten des Vertragsspiels, das doch in erster Reihe eine möglichst einheitliche Regelung der Lohnfrage bedingt. Es liegt daher im allgemeinen Interesse, daß an Stelle der seitherigen Betriebsplitterung fortan nur noch mit Minimallöhnen oder Durchschnittslöhnen gerechnet wird. Eine dieser beiden Lohnarten soll nach Festsetzung der örtlichen Partien untereinander dem Vertrage zugrunde gelegt werden. Es wird damit den bestehenden Verhältnissen und Brüchen gähnend Rechnung getragen werden können und doch ein fester Boden für die Regelung der Lohnfrage überhaupt gewonnen. Ob es dann in der Zukunft nötig oder wünschenswert wird, sich über eine allgemein gültige Lohnnorm zu verständigen, kann zweifelhaft erster Beitracht gelassen werden.

Daß die Vertragslöhne der einzelnen Branchen entsprechend den nun einmal bestehenden verschiedenartigen Betriebsbedürfnissen in ihrer Höhe voneinander abweichen, entspricht den praktischen Bedürfnissen. Daß der Lohn der Kartellleger oder Einzelbetrieb z. B. Werkzeugleger ein anderer ist als derjenige der Werkstattarbeiter und demgemäß auch im Vertrage genaue Abrede fehmen mög., ist für letzteren kein Nachteil. Diese Verschiedenartigkeit der Löhne der jeweils verschiedenen Branchen werden uns weniger Schwierigkeiten als die bei Hilfs- und Maschinendarbeiter. Spezielle Zwecke reicht z. B. bezüglich der Qualifikation der vorhandenen Arbeitkräfte die allgemeinen Abschöpfungen auf die notwendig in der Erledigung zum Nutzen kommen. So mag der Art des Betriebs werden die Tarifverhandlungen die tätigsten aus den gelehrten Arbeitern erfordern. Da dann infolge ihrer Fähigkeiten und Erfahrung auf den weitaus höchsten Lohn bezichten, mög. der niedrigste in anderen Betrieben, z. B. den Spezialfertigern ebenfalls ungünstig und auch ungünstige Widerstände unter ihnen oder zwischen Arbeitern führen, die die Qualifikation der Maschinisten und Betriebsfertigungen aufzuwerten haben. Hat man bei weiter zunehmenden Qualifikations- und Leistungstrichtung das bestreben, felder auf die Löhne durch Erhöhung folglich ungünstige Folgen immer leicht zu drücken. Die vorstehenden Qualifikations- und Leistungskriterien müssen leicht erkenntbar, das heißt für diejenigen entstanden sein, die die Qualifikation erhält und dementsprechend Anstrengungen nach Burg gegangen. Herr Käniuth sagt: Kritik und nach Lage der Dinge ist es klug zu beurteilen, ob der Tarifvor-

stand, liegt darin auch eine Gefahr für alle übrigen. Darum sollte besonders Wert darauf gelegt werden, den Lohn dieser schwächeren Arbeiter vertraglich zu regeln und in die Höhe zu bringen, damit würden in Wirklichkeit die Interessen der gesamten Branche mehr gewahrt und dauernd gesund erhalten, als wenn der Vertrag etwa für die flüchtigeren Maschinendarbeiter einen etwas höheren Lohn als für Tischler erfahren würde.

Über die Hilfsarbeiterfrage haben wir bereits in einem früheren Artikel das Nötige gesagt.

Wo bleibt da Treu und Glauben?

Seitdem der Bezirksverband Burg bei Magdeburg des Arbeitgeber-Schuhverbandes im Jahre 1907 sich leichten Herzens über den geltenden Vertrag hinweggekehrt und die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes ausgesperrt hat, steht die Vertragstreue der Unternehmer des Holzgewerbes in Burg recht tief im Kurse, und ihr Verhalten während der jetzt schwedenden Differenzen in der Tischfabrik von A. G. Wolf trug durchaus nicht dazu bei, ihren Ruf zu verbessern.

Bei der Firma Wolf befinden sich unsere Kollegen seit dem 29. Mai im Streit, um dort den für Burg geltenden Tarifvertrag zur Durchführung zu bringen. Dieser Kampf gegen die außerhalb des Schuhverbandes stehende Firma liegt durchaus im Interesse der Bürger Mitglieder dieser Organisation. Statt aber die Durchführung des Vertrages bei der Firma Wolf zu fordern, lassen die Bürger Arbeitgeber dem außerhalb des Vertrages stehenden Wolf jede Unterstützung zu. Ein der ersten Taten des Bezirksverbandes Burg des Arbeitgeberschuhverbandes war eine Weisung an seine Mitglieder, keine in der Streikenden von Wolf einzutreten. Nach diesem Beschuß wird bis heute gehandelt. Diese Vereinbarung zum Schutz der bestreiten Firma Wolf ist um so schäfer, als die Bürger Schuhverbander durch ihre Drängen, die Firma Wolf mit unter das Vertragsverhältnis zu bringen, den Streit mit veranlaßt haben.

In der Sitzung der Zentralvorstände am 18. Juni kamen diese Dinge zur Sprache. Der Zentralvorstand des Arbeitgeberschuhverbandes erkannte hier an, daß seine Mitglieder in Burg nicht korrekt gehandelt haben, und er versprach, für Niemand zu sorgen. Trotz dieses Versprechens trat in dem Verhalten der Arbeitgeber in Burg keine Änderung ein. Von unserer Verwaltung wurde deshalb reklamiert, und der Vorsitzende des Bezirksverbandes beantwortete die Reklamation durch folgendes Schreiben:

Burg, den 25. Juni 1912.

Antwortlich Ihres w. Zuschrift liegt im § 9 unseres Vertrages absolut kein Verbot, jmd mit anderen Verbänden oder Einzelsfirmen zu kooperieren. Sie werden in unserer Fachzeitung wöchentlich eine öffentliche Bekanntmachung finden, wo vor Einsstellung der Arbeiter der bestreiten Firma gewarnt wird.

Doch es liegt uns an der Sache nichts. Ich habe schon vor Erhalt dieses Briefes auf eines Kollegen Anfrage die Antwort gegeben, daß es mir gleichgültig ist, ob er Leute einstellt oder nicht. Wir haben am Montag Versammlung und werde ich die Kollegen in Kenntnis setzen, daß die Sperrre aufgehoben ist. Hochachtend

J. Käniuth.

Trotz dieses Versprechens wurde die Sperrre unverändert weitergeführt. Obwohl vielfach Arbeitsstellen frei waren, wurden die anstrengenden Kollegen abgewiesen, weil sie Streikende von Wolf waren. Deshalb wurde unsere Verwaltung erneut bei Herrn Käniuth vorstellig, der nun diese Antwort gab:

Burg, den 1. September 1912.

Antwortlich ihres w. habe ich Ihnen seinerzeit geschrieben, die fragliche Sache zur Erledigung zu bringen. Da Sie jedoch für zweckmäßig hielten, die Sache den Zentralvorständen zu unterbreiten, so hat unser Zentralvorstand Informationen eingeholt, was uns zum fragl. Schritt veranlaßt hat. Diese sind dem Zentralvorstand mitgeteilt worden und sind keine weiteren Anweisungen erfolgt. Deshalb mußte ich mich in der bestreiten Firma gewarnt werden. Die Sache wird noch komplizierter durch das widersprüchsvolle Verhalten der Arbeitgeber. Am 25. Juni steht Herr Käniuth mit, daß er seine Kollegen von der Aufhebung der Sperrre in Kenntnis setzen wolle. Er hat das aber nicht getan, sondern, wie er am 1. September schreibt, den Mitgliedern des Schuhverbandes empfohlen, „eine abwartende Stellung“ einzunehmen, das heißt die Sperrre aufrecht zu erhalten. Interessant ist auch die Mitteilung des Herrn Käniuth, daß von seinem Zentralvorstand keine weitere Mitteilung erfolgt sei. Da der Sitzung der Zentralvorstände am 18. Juni hat aber der Vorstand des Arbeitgeberschuhverbandes beschlossen die übrigen selbstverständliche Erfahrung abzugeben, daß die Schwarze Liste aufdringlich geworden wäre. Soweit er die eingegangene Verpflichtung erfüllt und dementsprechend Anstrengungen nach Burg gegangen. Herr Käniuth sagt: Kritik und nach Lage der Dinge ist es klug zu beurteilen, ob der Zentralvor-

stand des Arbeitgeberschuhverbandes oder sein Bezirksvorstand in Burg recht hat.

Zedenfalls ist es ein unerhörter Zustand, unsere Kollegen in dieser Weise monatelang hinzuhalten. Was müssen denn die im Vertrage vorgesehenen Schlichtungsinstanzen, wenn sich die Arbeitgeber um die getroffenen Vereinbarungen nicht kümmern? Kann man sich wundern, wenn unsere Kollegen das Vertrauen zu den Schlichtungsinstanzen verlieren? Trotzdem die höchste Instanz in ihrem Sinne entschieden hat, bleiben sie weiter ausgesperrt, also ganz empfindlich geschädigt. Es bleibt ihnen weiter nichts übrig, als energischere Maßnahmen zu ergreifen, um sich ihr Recht zu verschaffen.

Zwischen Hat sich unser Verbandsvorstand noch einmal an den Vorstand des Arbeitgeberschuhverbandes gewandt und damit ein ganz merkwürdiges Ergebnis erzielt. Ein Vertreter des Schuhverbandes ist in Burg gewesen und dieser unternimmt es jetzt, das vertragswidrige Verhalten seiner Bürger Kollegen zu verteidigen, allerdings mit sehr lendenhaften Argumenten. Die Arbeitgeber in Burg sollen berechtigt gewesen sein, die Schwarze Liste zugunsten der Tischfabrik von A. G. Wolf, die außerhalb des Schuhverbandes steht und die gezwungen werden soll, den für Burg gültigen Vertrag anzuerkennen, auszugeben, weiß — in der „Holzarb.-Ztg.“ vor Zugzug nach Burg gewarnt wurde! Dieses Verbrechen wird gefunden in einer Notiz in unserer Nr. 29 vom 20. Juli. Dort wird über den Stand des Streiks bei Wolf berichtet und mitgeteilt, daß es der Firma gelungen sei, Arbeitswillige aus Berlin heranzuholen. Die Notiz schließt mit den Worten: „Da die Arbeitswilligen fast ausnahmslos aus Berlin kommen, müssen die dortigen Kollegen besonders vorsichtig gegenüber den Agenten sein und jede Arbeitsvermittlung nach Burg ablehnen. Burg ist nach wie vor strengstens zu meiden.“

Wer die Notiz ohne Voreingenommenheit liest, für den ist es klar, daß auch der letzte Satz sich nur auf die Firma Wolf bezieht, von der in der Notiz ausschließlich die Rede ist. Der Vorstand des Schuhverbandes handelt aber nach dem Grundsatz: Wenn man jemand hängen will, dann findet man auch einen Streik. Deshalb wird jetzt die Notiz vom 20. Juli als Grund dafür herangeholt, daß der Vertrag der Zentralvorstände vom 18. Juni nicht ausgeführt wurde. — Unsere Verbandsleitung hat alles getan, um zu verhindern, daß sich aus dem vertragswidrigen Verhalten der Unternehmer in Burg Weiterungen ergeben. Für die sich ergebenden Folgen muß er jede Verantwortung ablehnen.

Wie uns aus Burg mitgeteilt wird, haben sämtliche Arbeiter beim Tischlermeister Käniuth, in Firma Hergen u. Jahn, am 21. September die Arbeit eingestellt. Den Schaden, den der Bezirksvorstand des Arbeitgeberschuhverbandes dadurch erleidet, hat er seinem vertragswidrigen Verhalten zu verdanken. Unsere Kollegen haben nun lange genug zugeschaut, und man kann es verstehen, daß sie es satt bekommen haben, sich an der Kasse herumführen zu lassen. Das Mittel, dessen sie sich bedienen, wird nun hoffentlich recht bald die Wirkung haben, daß sich die Arbeitgeber in Burg ihrer vertraglichen Verpflichtungen erinnern und durch die Tat beweisen, daß sie die Sperrre aufgehoben haben.

Das Jubiläum der Drechslerorganisation.

Ein würdige Feier des 25-jährigen Jubiläums ihrer Organisation haben die Berliner Drechsler am 18. September veranstaltet. Der Einladung zur Feierjagung, die an die Mitglieder aller Branchen der Drechsler ergangen war, hatten die Kollegen in großer Zahl folge geleistet. Besonders fiel es auf, daß viele alte, grauhaarige Kollegen erfreut waren. Als Redner war der Verbandsvorsitzende, Kollege Leipzig, gewonnen worden, der in seinem Vortrag ein anschauliches Bild von den Schwierigkeiten entwarf, welche die Vereinigung der Drechsler auf ihrem Lebensweg zu überwinden hatte. Die Vereinigung der Drechsler ist vor 25 Jahren gegründet worden, vorher hat es aber bereits nicht nur lokale Drechslervereine, sondern auch schon eine Zentralorganisation gegeben, denn die im Jahre 1868 gegründete Holzarbeitergewerkschaft umfaßte neben den anderen Berufen des Holzgewerbes auch die Drechsler.

Die älteren Lotosvereine der Drechsler schwammen meist im Fahrrwasser der Innungen. Lebte es doch noch im Jahre 1887 der Vorsitzende des Vereins der Drechsler in Dresden ab, für die Verbreitung der neugegründeten „Dachzeitung“ zu wirken, weil diese sich in Gegenjahr zu den Innungen stelle, mit welchen er Hand in Hand arbeiten wollte. Dieser Gegenjahr zu dem Innungswesen war in der Tat eine herausgehobene Eigenschaft der jungen Vereinigung der Drechsler. Von mir stolz darauf, die Wahl des Gesellenausschusses verhindern zu können. In Berlin hat es der Obermeister trotz aller Bemühungen nicht zustande gebracht, die Wahl des Gesellenausschusses durchzuführen, ähnlich ging es in Hamburg und in anderen Städten. Heute denken die Kollegen in diesen Dingen toleranter und sie machen sich, soweit es möglich ist, auch die Innungseinrichtungen zu nutze.

Die erste Anregung zur Gründung eines Zentralverbandes ging im Jahre 1877 von Hamburg aus. Sie war erfolglos und das Sozialengagement machte weitere Versuche nach der Macht zunächst unmöglich. Bei der im Jahre 1885 von Magdeburg ausgehenden neuen Anregung handelte es sich eigentlich nur um eine interlokale Regelung des Reisegelehrten, doch führte auch dieser Versuch zu keinem Ergebnis. Größere Pläne verfolgte man zu dieser Zeit in Hamburg. Hier wurde eine „Centralisationsskommission“ gewählt, die zunächst einmal ein Comit für einen Generalstand ausarbeitete und es der Projekt zur „Generalierung“ eintreffe.

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verband vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinenisten und Holzarbeitern nach Bremen - Geestemünde - Lübeck, Burg bei Magdeburg (Tischfabrik A. G. Wolf, Herm. Naujoh), Elmshorn (Möbel), Emden in Ostfriesland (Möbelstichlereien), Ennigerloh (Salz), Gießen, Glogau (Baumgarten), Großhartmannsdorf (Werksbach), Haldingen (Wils-Böllmer), Landsberg a. L. (Springs Wieser, Lauban (Maltbrenner), Mehingen (Staub- und Kinderwagenfabrik Fr. Kuhn u. Söhne), Mörchingen, Oerlinghausen (Möbelstichlerei Kortekamp), Offenbach (Tischfabrik L. Schlap), Neisenhausen, Schweinfurt, Sensburg, Spandau (Behring), Stolp i. Pomm. (Böck), Tangermünde (Mallstedt), Warle i. Oldenb. (Johann Wiemken), Wiersen (Ludwig Kuhlmann), Weinmar (Waggonsfabrik), Weinheim (Schab), Willau in Sachsen (Koppenmann), Graz, Innsbruck, Resseldorf (Waggonsfabrik).

Modellstichlern nach Düsseldorf - Vierenfeld (Stahlwerk Oefing), Köln-Gürtz (Ab. Modellfabrik Franz Dittler).

Stävlermätern nach Brüssel, Slavia in Stanton (Zürich (Vordorf)).

Drechsler nach Burg bei Magdeburg (Tischfabrik A. G. Wolf), Höhr i. Westerwald (Gebr. Günther), Neunkirchen am Sand, Birndorf bei Fürth i. B.

Policier nach Berlin (Voigtländer, Elisabethscher), Burg bei Magdeburg (Tischfabrik A. G. Wolf).

Parkettlegern nach Charlottenburg (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parkettgeschäfte, Kloststraße), Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber Otto Elsinger).

Sägereiarbeitern nach Tilsit.

Holzarbeitern nach Wald i. Rheinland.

Kommissären nach Gelsenkirchen (Allermann u. Berndsen), Schiffdorferdam (Wüller), der Schweiz.

Stellmätern nach Weinmar (Waggonsfabrik), Paris, Brüssel (Carosserie Pariscienne).

Bergwerken, Grünhütern, Bergarbeiter und Farbigenmätern nach Hamburg-Altona, Gladbeck bei Bremen (Celsers).

Auch nach den damaligen Gesetzen war die polizeiliche Genehmigung des Statuts nicht erforderlich und man hat schon manchmal über die Geheimschaftsvereinigung der Kommissionärsmitglieder gesprochen. Mit Unrecht. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes waren die Arbeiter tatsächlich reglos und für den Bestand der zu gründenden Organisation war es durchaus nicht überflüssig, sich von vornherein zu vergewissern, ob seitens der Polizei Schwierigkeiten zu erwarten sind. Solche hat auch die Hamburger Polizei in reizendem Maße gemacht. So bestandete sie, daß im Statut die einzelnen Branchen der Drechsler aufgeführt waren, deren Angehörige aufnahmevermögen kein sollten. Da könnte ja jeder Arbeiter betreten, hieß es. Um ihr den Willen zu tun, wurde dieses Branchenverzeichnis gestrichen. Als später die Generalversammlung beschloß, in das Statut einzunehmen, daß alle in den Drechslerbetrieben beschäftigten Arbeiter aufnahmefähig sein sollten, mußte das auf Verlangen der Hamburger Polizei geändert werden in „alle Drechsler“. Daraus nahm aber wieder die Polizei in Celle Anstoß. Sie verlangte eine Definierung des Begriffes Drechsler und verfügte, daß aufnahmefähig nur der sei, der bei einem Drechsler gelernt habe.

Sehr schikanös wurde vielfach die polizeiliche Überwachung der Versammlungen ausgeübt. In Frankenhausen meldete einst der überwachende Polizist an seine Behörde, ohne daß die geringste Veranlassung dazu vorgelegen hätte, die Vereinigung hätte ihre Auflösung beschlossen. Alles Protestieren half nichts. Gestützt auf diesen falschen Verurteilung der Bürgermeister jede weiter. Vereinfachung und er erreichte damit, daß die Organisation für längere Zeit lahmgelegt war. Als die Stocarbeiter in Berlin im Jahre 1889 eine Lohnkommission wählten, verfügte die Polizei, daß diese Kommission ein Verein sei, der sein Mitgliederverzeichnis und sein Statut einreichen müsse. Die Folge war, daß sich die Kommission auflöste. In Hamburg wurde ein Vertrag politisch verboten, weil der Referent nicht Drechsler war, der überwachende Beamte verbot sogar die Abstimmung über einen Antrag, nach welchem einige Mitglieder ausgestoßen werden sollten. Die Sitzungen des Verbandsvorstandes, die in einer Privatkneipe abgehalten wurden, wurden jahrlang regelmäßig überwacht, bis schließlich, in einem bis zum Oberlandesgericht durchgeföhrten Prozeß entschieden wurde, daß diese Überwachung ungesetzlich ist.

Diese Beispiele lassen erkennen, mit welchen Schwierigkeiten die junge Organisation der Drechsler zu kämpfen hatte. Diese Schwierigkeiten waren um so größer, als die Vereinigung in ihrem Statut den Mitgliedern keine Unterstützungen bieten konnte. Das von der Hamburger Neutralisationskommission ausgearbeitete und vom Hamburger Kongress angenommene Statut hatte zwar verschiedene Unterstützungsseinrichtungen vorgesehen, z. B. sollte trotz des geringen Beitrages von 50 Pf. monatlich

Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Die Berliner Polizei erklärte aber auf Grund dieser Bestimmungen die Vereinigung als einen genehmigungspflichtigen Versicherungsverein, was zur Folge hatte, daß man die Paragraphen, die von den Unterstützungen handelten, fürzehnhand aus dem Statut streich. Dafür wurde die freie Lieferung des Verbandsorgans eingeschürt. Bestimmungen über Streikunterstützung hatte man aus wohlgegrundeter Vorsicht von vornherein nicht erst in das Statut aufgenommen. Trotzdem wurden in den ersten Jahren der Vereinigung eine ganze Reihe von Streiks, viel mehr als dem Vorstand lieb war, geführt.

Die Vereinigung der Drechsler machte ungeachtet aller Schwierigkeiten in den ersten Jahren ganz schöne Fortschritte. Ihren Höhepunkt erreichte sie im Jahre 1890, wo sie mehr als 3000 Mitglieder zählte. Dann trat ein Rückgang ein. Die Berliner Stocarbeiter hatten einen eigenen Stocarbeitsverein gegründet und auch die Kaufmänner folgten ihrem Beispiel. Dadurch verlor die Vereinigung eine erhebliche Zahl von Mitgliedern. Die einsetzende Krise brachte einen weiteren Rückgang. Besonders schmerlich wurde vom Vorstand die ungünstige Finanzlage empfunden. Seine Versuche, den Beitrag, der immer noch 50 Pf. pro Monat betrug, zu erhöhen, fanden beim Ausschuß, der seinen Sitz in Berlin hatte, fortgesetzten Widerstand. Das führte zu unschönen Auseinandersetzungen. Dazu kam dann die Diskussion über die Organisationsform, die erst mit dem Hasseler Kongress im Jahre 1893, auf welchem die Verschmelzung zum Deutschen Holzarbeiterverband beschlossen wurde, ihr Ende fanden.

Sie die Agitation für den Verband auch heute noch mit manchen Schwierigkeiten verbunden, so lassen sich diese doch gar nicht vergleichen mit den Mühseligkeiten, die vor 25 Jahren zu überwinden waren. Selbst in Berlin wurde noch im Jahre 1888 in den Drechslerverein 60, ja 66 Stunden gearbeitet. Eine geregelte Arbeitszeit gab es eigentlich überhaupt nicht. Der blaue Montag stand noch in Blüte, dafür wurden Sonntags und an den übrigen Wochenlagen ungezählte Überstunden gemacht. Damals stellten die Berliner Kollegen als ihre Forderung auf 18 Pf. Minimallohn und die 10 stündige Arbeitszeit. Das war aber eigentlich nur mehr ein Programm, denn an die ernsthafte Durchführung der Forderung konnte weder damals noch in den folgenden Jahren gedacht werden, wenn man auch die Forderung selbst erhöhte. Die Arbeiterschaft wurde damals noch völlig missachtet, selbst kleine Krauter konnten es versuchen, den Herrenstandpunkt herauszufordern und die Verhandlungen mit der Organisation als ihrer unwürdig abzuschließen. In den Kollegen selbst mußte erst das Solidaritätsgefühl geweckt werden.

Überblicken wir die gegenwärtigen Zustände, dann haben wir allerdings keine Ursache zufrieden zu sein. Ein Vergleich mit den Verhältnissen vor 25 Jahren zeigt jedoch, daß wir in der verlorenen Zeit nicht vergeblich gearbeitet haben. Es ist vorwärts gegangen und die jungen Kollegen müssen nun dafür sorgen, daß es auch weiter vorwärts geht. Die erzielte Lohnsteigerung ist freilich, zumal in der neuesten Zeit, durch die Teuerung zu einem großen Teil aufgewogen. Aber selbst dann, wenn die Teuerung die Lohnhöhung völlig illusorisch gemacht haben sollte, ist es immer noch als Fortschritt zu bezeichnen, daß die Arbeiter durch die Organisation dazu erzogen wurden, höhere Ansprüche an das Leben zu stellen. Diese Ansprüche zwingen uns, weiter zu kämpfen im eigenen Interesse und im Interesse unserer Familien.

Mit dem gleichen Eifer, den seinerzeit die Kollegen bei der Gründung der Organisation an den Tag gelegt haben, muß sich jetzt die jüngere Generation der Arbeit für den Verband widmen. Die Zukunft wird noch weit größere Anforderungen an unsere Organisation stellen, wie müssen deshalb unseren Verband so ausbauen, daß wir mit Recht sagen können:

„Wir stehn gerüstet jeden Tag,
Mag kommen, was da kommen mag!“

An diesen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich die Verlesung einiger Begrüßungsschriften von mehreren älteren Kollegen, die verhindert waren, der Versammlung beizutreten. Alsdann nahmen eine ganze Reihe der anwesenden alten Kollegen das Wort, um Erinnerungen aus früheren Jahrzehnten, aus der Gründungs- und Jugendzeit der Vereinigung der Drechsler zum besten zu geben. So nahm diese Festversammlung einen äußerst anregenden Verlauf, und die Hoffnung ist wohl begründet, daß sie dazu beitragen wird, den Eifer der Kollegen in der Betätigung für die Organisation aufzunehmen zu beleben.

Die Entwicklung der britischen Gewerkschaften.

tz. Die Entwicklung der britischen Arbeiterbewegung in den letzten Jahren wird für die klägliche Gesellschaftsschreibung einige äußerst interessante Kapitel bilden. Sind doch erst zwölf Jahre ins Land gegangen, seitdem die politische Arbeiterpartei das Licht der Welt erblickte. Die Gewerkschaftsbewegung, die am Ende der neuzeitiger Jahre des vorigen Jahrhunderts anfang zu steigen und 1903 auf einem hohen Punkt angelangt war, hat in den letzten Jahren riesenhafte Fortschritte gemacht. In der Periode 1900-1905 hörte man sehr häufig vom ausländischen Beobachter der englischen Arbeiterbewegung die Anerkennung. Die englischen Gewerkschaften hätten in bezug auf ihren Entwicklungsrat das Maß des Erreichbaren überschritten. Diese irgende Annahme leitete man vor der Tatsache ab, daß die Gewerkschaften in dieser Zeit durchaus keine Vorwärtsentwicklung zeigten. Im Jahre 1900 gab es 1910 614 Gewerkschaftsmitglieder, 1901 1922 759, 1903 1932 942. Im Jahre 1906 erhielten die Gewerkschaften einen ungeheuren Zuwachs an Mitgliedern. Am Ende des genannten Jahres belief sich die Zahl auf 2127 026 und 2422 856 in 1907. Wie erklärt sich nun dieser plötzliche Aufschwung? Er in das Resultat des Erwachens des politischen Klägersgefühls der englischen Arbeiter. Die Arbeiterpartei, die im

Februar 1900 als Frucht eines Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von Plymouth (1899) entstand, bestand 1906 bei der ersten seit ihrer Entstehung stattgefundenen Wahl (lässt man die Kriegswahlen von 1900 außer Betracht) die erste Neuerprobung. Da nun die politische Bewegung aus der gewerkschaftlichen hervorgegangen, ist es nur zu natürlich, daß durch die Entwicklung der ersteren auch die letztere wenigstens an Zahl gewinnen mußte. Eine Zeitlang sah es so aus, als wenn man die Gewerkschaftsbewegung nur noch als Organisationen zur Förderung politischer Grundsätze betrachtete, was um so leichter war, da man den gewerkschaftlichen Kampf als überlebt ansah. Glücklicherweise ist diese Nebengangsperiode von kurzer Dauer gewesen und in den letzten Monaten ist der gewerkschaftliche Flügel der Arbeiterbewegung mit Wucht in den Vordergrund gedrängt worden. Es ist nun bemerkenswert für die Verfassung der englischen Gewerkschaftsbewegung, daß der gewaltige 1906-1907 gemachte Mitgliederzuwachs 1908-1909 wieder vollständig verloren ging. In den genannten zwei Jahren verloren die Gewerkschaften nicht weniger als 57 000 Mitglieder. Es war dieses eine Periode des wirtschaftlichen Niederganges. Es ist geradezu eigenartig, daß die englischen Gewerkschaften in der Vergangenheit stets von wirtschaftlichen Depressionen stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind trotz der hoch entwickelten Unterstützungsseinrichtungen. Dieser letzte Rückgang wurde aber bereits 1910 wieder gut gemacht. In diesem Jahre betrug die Zunahme an Mitgliedern 73 000, so daß der Steigerung an Mitgliedern in den Jahren 1908 bis 1910 etwas weniger als 1 Proz. oder 16 000 Mitglieder ausmachte. Die Gesamtmitgliederzahl, die also auf 2419 816 in 1907 stand, war 1910 auf 2436 000 gestiegen. 1911 hatte aber ein hoher Regenerierungsprozeß stattgefunden, denn die Mitgliederzahl stieg um 23,3 Proz., so daß die englischen Gewerkschaften zu Beginn dieses Jahres 3010 346 Mitglieder zählten.

Bemerkenswert ist es nun, daß das Handelsamt in den periodischen Berichten, die es über die Gewerkschaftsbewegung veröffentlicht, sich nur mit dem Passagierverkehr von 100 Gewerkschaften befaßt.*). Diese aber repräsentieren ungefähr drei Fünftel der gesamten Mitgliederzahl aller Gewerkschaften und etwa vier Fünftel aller Ausgaben für Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallunterstützung. Die einfache Zusammenstellung dieser Zahlen und ihre Berechnung in Prozentzahlen beweist besser als alles andere die Nutzlosigkeit der gewerkschaftlichen Berichterstattung.

Folgende Tabelle ist diesbezüglich ebenfalls außerst lehrreich. In derselben sind alle Gewerkschaften im Verhältnis zu ihrer Mitgliederstärke gruppiert:

Anzahl der Mitglieder in den Gewerkschaften im Jahre 1910	Auf Grund der Trade-Union-Einteilung der Gewerkschaften		Anzahl Mitglieder
	Zahl	Mitglieder	
50000 und darüber . . .	8	701291	—
20000 " unter 50000	11	363199	3 92328
10000 " 20000	17	240640	9 118841
5000 " 10000	34	223544	14 89554
2000 " 5000	58	177904	28 96368
1000 " 2000	53	73176	35 49106
500 " 1000	74	54033	59 41869
300 " 500	45	17358	52 16012
100 " 300	113	19616	174 25613
50 " 100	70	4982	187 9786
" "	50	60	104 3198
Total	538	1886629	615 549057

Immerhin macht der Verschmelzungsdrang ganz auffallende Fortschritte. 1907 gab es noch 1221 Gewerkschaften, 1910 aber 1153. Allerdings wurden in der Periode 1908-1910 nicht weniger als 79 neue Gewerkschaften gegründet, während 106 wieder zugrunde gingen. Die Lebensdauer der letzteren war äußerst kurz, da der Ursprung keiner derselben über das Jahr 1903 hinausging und erreichte keine eine Mitgliederzahl von 1000. In 41 Fällen kam es zu wirklichen Verschmelzungen. Wie man sieht, geht dieser Prozeß immer noch ungebremst langsam voran. Dennoch geht die Entwicklung in dieser Richtung vor sich, denn 1895 gab es sogar 1337 Gewerkschaften. In den letzten Jahren ist eine Besserung in dem Sinne eingetreten, daß sowohl der Gewerkschaftskongress, als auch die Arbeiterpartei neu entstehenden Lokalorganisationen die Anerkennung verfassen.

In der Periode 1908-1910 verursachten die 100 bedeutendsten Gewerkschaften 1129 000 Pf. Sterl. an Streikunterstützung. An Arbeitslosenunterstützung aber wurden 2630 000 Pf. Sterl. verursacht und an Kranken-, Alters-, Unfallversicherung und Sterbegeld 3180 000 Pf. Sterl., was einer Steigerung von 14 Proz. gegen die Periode von 1905 bis 1907 gleichkommt.

Als ein Zeichen, daß der rein gewerkschaftliche Kampf wieder mehr in den Vordergrund getreten ist, ist es zu beachten, daß die Streikunterstützung in der letzten Periode mehr wie zweimal so viel verstrich als in der voraufgegangenen Periode von 1905-1907. Andererseits ist auch die Arbeitslosenunterstützung ganz riesenhafte gewachsen, da diese ebenfalls nahezu zweimal so viel kostete, als in den drei Jahren 1905-1907. Die Arbeitslosenunterstützung, die sich 1901 bei den 100 bedeutendsten Gewerkschaften auf 324 821 Pf. Sterl. belief, stieg 1904 auf 654 181 Pf.

* Die hier angegebenen Zahlen, die sich mit den Jahren 1908-1910 befaßten, sind dem Report on Trade Unions in 1908 bis 1910 entnommen. Dieser Bericht ist aber erst vor einigen Wochen erschienen.

Sterl., 1903 über auf 1 004 685 Bf. Sterl. — Pro Kopf			
der Mitglieder betrug diese Ausgabe in			
1901	5	Schilling	4 Pence
1902	7	"	1 "
1903	8	"	6 $\frac{1}{4}$ "
1904	10	"	11 $\frac{1}{4}$ "
1905	8	"	7 $\frac{1}{2}$ "
1906	9	"	6 $\frac{1}{2}$ "
1907	6	"	4 "
1908	13	"	11 $\frac{3}{4}$ "
1909	13	"	8 "
1910	9	"	6 $\frac{1}{4}$ "

Von 1906 bis 1908 stieg die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung in den 100 Gewerkschaften um 90 Proz., während die Zahl der Mitglieder sich nur um 12 Proz. vermehrte. (Schluß folgt.)

Goziales.

Der zweite internationale Schmarotzertagtag.

-a- Die schweizerische Hauptstadt Zürich hatte in der ersten Hälfte des September ihre „soziale Woche“. Eine internationale Kongresse, die jeder für sich Teile der sozialen Frage ihrer Lösung näher bringen wollten, beherbergte sie in ihren Mauern. Arbeitslosigkeit, Heimarbeiterschutz, Arbeiterschutz im allgemeinen und Sozialversicherung bildeten den Beratungsgegenstand der Tagungen. Man wird bei der Beurteilung dieser Zusammenkünfte einen recht bescheidenen Maßstab anwenden müssen, wenn man zu einem bestiedigenden Ergebnis kommen will. Die Unterschiedigkeit der vertretenen Bevölkerungsschichten, deren Unterschiede sich natürlich in den Vertretern widerspiegeln und die Sprachunterschiede machen von vornherein eine Verständigung auf gemeinsamer Grundlage recht schwer. Lebensauffassung, politische Anschauung, mehr oder minderer Fortschritt in der wirtschaftlichen oder politischen Entwicklung des Heimatlandes müssen naturumhwendig zu einer unterschiedlichen Auffassung der Dinge führen. Eine rechte Gesellschaft war es, die sich in Zürich zusammenfand. Neben dem ernsten Gelehrten die Mode Dame, die sich mit Arbeitersfürsorge einen interessanten Zeitvertreib verschafft, zwischen der evangelische oder katholische Pfarrer, die über

die Arbeiterfürsorge hinweg zu den Seelen ihrer Gläubigen bringen und diese fester an ihre Kirchen fetten wollen. Das alles durchmischt mit einer kräftigen Doxis Kongress-geister, die gewiss nochmals sportsmäßig derartige Konresse besuchen. Was haben Arbeitervertreter auf derseiden Kongressen zu suchen? Zunächst treibt sie das Bedürfnis, sich über die Anschauungen zu informieren, die in den Kreisen vorhanden sind, die heute die öffentliche Meinung beeinflussen, zum andern ist die Anwesenheit von Arbeitervertretern eine Vorbereitungsmaßnahme. Sie verhindert, daß etwas als Arbeitermeinung in die Welt geht, was ihr nicht entspricht. Arbeitervertreter als Delegierte werden die Beschlüsse und Kundgebungen dieser Konresse mit den nötigen Tropfen sozialem Geiste salzen.

Aus diesen Gründen heraus hat die deutsche Arbeiterbewegung zunächst zögernd, dann etwas sicherer auftretend sich an den internationalen Kongressen beteiligt. Auf allen während der sozialen Woche in Zürich tagenden Kongressen waren Delegierte der deutschen Arbeiter anwesend; auf dem zweiten internationalen Seimarbeitstag, der am 8. und 9. September tagte, waren delegiert zwei Vertreter der Generalversammlungen und je ein Vertreter des Kindergarten-, Schularbeiter- und Schneiderverbandes. Im ganzen zählte der Kongress 243 Teilnehmer, von denen die Schweiz 65, Frankreich 59 und Belgien 49 stellte. Als Tagesordnung war aufgeführt:

1. Vergleichung der verschiedenen Erreichbarkeitslagen für die Reglementierung der Schmarotzer. Organisation der Zahnärzte. 2. Organisation der Impfung vom ärztlichen Standpunkt aus und von dem der gesetzgeberischen Regelungen. 3. Berufserorganisation und die Kollektivverträge. 4. Aufklärung der Consumenten.

Die Vorbereitung der einzelnen Tagesordnungspunkte geschieht in Sitzungen, von denen es je eine für jeden Punkt, besteht haben.

Die erste Sitzung hatte einen von der folgenden Sitzung des internationalen Heimarbeitzaugs vorgelegten Gesetzentwurf zu beraten, der bis in die kleinste Einzelheit die Arbeitsverhältnisse der Heimarbeit regeln sollte. Die Bevölkerung verlangte, daß dieser Entwurf an alle Regierungen überreicht werden sollte, so die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten unbegrenzt geblieben seien. Dem wurde von deutscher Seite zufolge dem Eintritt in die Sitzung widergesprochen, daß die im Entwurf der folgenden Sitzung vorgelegten Einzelheiten nicht auf alle Sonder entlastet seien. Diese Aufforderung drang auch nach längerer Debatte durch. Der Gesetzentwurf soll den Arbeitnehmern ein Material liefern können.

Den vorliegenden Entwurf als Votum zu vertheilen werden.
Von der zweiten Session wurde als Billerbeleistung
die Engels'sche Resolution vorgelegt und vom Congreß ein-
gestimmt, in den offizielle und private Enquête über die
sozialistischen Verhältnisse der Gewerbeiter verlangt
zu werden. Zu diesem Zweck soll jede Gemeinde gehalten
werden, ein Begegnungs- oder Gewerbeiterausschuss einzurichten. Ge-
genstand wird ausschließlicher Arbeitersidestatistik, Erfahr-
bung der Gewerbe und eine durchgreifende Inspektion der Ge-
werbe.

Die dritte Sektion fügte eine letzte Gebote zu ver-
einbaren, in der auf der einen Seite die französischen und
deutschen Delegationen und auf der anderen Seite die Regi-
erater den kroatischen Freiheiten konnten. Sie erließen trocken
und direkt erkennt haben, daß unter Maßregelung der
französischen Delegation nur durch die Gleichverteilung dem
kroatischen Grundbesitz keinen Raum. Gegenüberstehen
wurden die deutlichen Vorteile auf die österreichischen Erfolge

deutscher Gewerkschaften und verlangten neben ausreichen dem Schutz der Heimarbeiter durch die Gesetzgebung einer gischen gewerkschaftlichen Tätigkeit und Beseitigung aller behördlichen Behinderung derselben. Die von der Sektion II vorgelegte und vom Kongress schließlich angenommene Resolution bringt zum Ausdruck, daß die Sanierung der Heimarbeit ein vereintes und zielbewußtes Zusammenarbeiten des gesetzgeberischen und gewerkschaftlichen Aktion erfordere. Als das beste Mittel zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiter ist eine starke Berufsbewegung zu betrachten. Erwägung, daß im gegenwärtigen Augenblicke die gewerkschaftliche Organisation der Heimarbeiter noch nicht in allen Ländern und in allen Berufen in ausreichenden Maße verwirklicht ist, spricht die Sektion die Ansicht aus:

- a) daß eine systematische Propaganda zu entfalten sei um die Heimarbeiter von der Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen und in ihnen die Solidarität zu wecken; b) daß das Eingreifen der Gesetzgebung für die Regelung der Heimarbeit überall notwendig ist um den bestehenden Missbräuchen abzuheben.

Die Sektion wünscht, daß die Gesetzgebung so beschaffen sei, a) daß sie alle Hindernisse gegen die gewerkschaftliche Organisation beseitige, b) daß sie die Mitarbeit der Gewerkschaften für die Bildung von Lohnämtern fördert, c) daß sie den von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen unter gewissen Voraussetzungen für die Heimarbeiter rechtsverbindliche Kraft gewährt und ihre Wirkung auf alle Heimarbeiter des fraglichen Berufes und Bezirkes ausgedehnt werde.

Den Gewerkschaften wird dringend empfohlen, mit den
Käuferlichen und Konsumvereinen Vereinbarungen zur Sa-
mierung der Heimarbeit abzuschließen.

Bei der die Mitwirkung der Konsumen ten beratenden Session wurde gleichfalls eine Resolution eingebro cht, durch welche den Konsumen tenorganisationen die Pflicht aufge legt wurde, die vom Kongreß gut geheißenen Grundsätze durch Vorträge, Zeitungsartikel, Ausstellungen, Veröffent lichungen aller Art wirksam zu unterstützen und in ven oskalen und nationalen Propagandalomitees Vertretern der Käuferlichen Sitz und Stimme zu gewähren.

Der Kampf gegen den Alkohol. Unser Verband hat schon des öfteren Gelegenheit genommen, in seinen Kundgebungen auf die Notwendigkeit der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs hinzuweisen. Die Stellung des Verbandes zur Alkoholfrage hat der Verbandstag zu Berlin durch die einstimmige Annahme einer Resolution präzisiert. Da bei der Menge der vom Verbandstag gefassten Beschlüsse diese Resolution nicht mit der erforderlichen Deutlichkeit den Kollegen zur Kenntnis gekommen sein dürfte, ist es zweckmäßig, sie durch den Abdruck in Erinnerung zu bringen. Der Beschluss des Verbandstages lautet:

„Ausgehend von der Tatsache, daß der Alkohol ein schweres Hindernis für die Arbeiterbewegung, im besonderen auch für die Gewerkschaftsbewegung bildet, verpflichtet der Bundestag die Delegierten und Verbandsfunktionäre, tatkräftig für Aufklärung über die volkswirtschaftlichen, körperlichen und geistigen Schäden des Alkoholgenusses einzutreten, insbesondere aber für bessere Durchführung des Schnapsbojkotts zu sorgen.“

Die den Delegierten und Verbandsfunktionären aufgelegte Verpflichtung ist natürlich mit der Berichterstattung vom Verbandstag noch nicht erfüllt. Der Schnapsbohlfestbesondere wird nur dann in der wünschenswerten Weise eine Wirkung tun, wenn dafür unablässige Propaganda gegeben wird. Nicht nur die Verbandsfunktionäre, sondern alle Kollegen müssen es sich zur Aufgabe machen, den Schnapsgenuss zu bekämpfen. Im Interesse des einzelnen Arbeiters sowohl als der gesamten Arbeiterbewegung muß e Vorrat laufen:

Meidet den Schnabel!

Der Konsum von Pferde- und Hundesleisch hat sich in letzter Zeit ganz bedeutend gehoben. Die Vierteljahrshefte der Statistik des Deutschen Reiches bringen eine Übersicht über die Zahl der im zweiten Quartal zur Fleischbeschau brachten Schlachtliere. Hierin nach weisen Pferde und Hunde Metzdziffern auf. In den Monaten April, Mai und Juni wurden in Deutschland 35649 Pferde und andere Einhufer geschlachtet. Im zweiten Quartal 1911 waren es nur 28710 und auch in den früheren Jahren, bis im Jahre 1905 zurück, so weit die Vergleichsziffern gegeben sind, wurden im zweiten Quartal noch wie auch nur anhernd soviel Pferde geschlachtet, wie im laufenden Jahre. Die höchste Zahl wurde im zweiten Quartal 1910 erreicht mit 29567 Pferden. Diese Ziffer ist nun weit überholt. Analogisch steht es mit der Zahl der geschlachteten Hunde und e. Auch hier weist das zweite Quartal 1910 seither den höchsten Stand auf mit 1143; im zweiten Quartal 1911 werden 929, im gleichen Zeitraum 1912 aber 1237 Hunde zur Fleischbeschau unterzogen. In Wirklichkeit dürfte aber die Zahl der zu Genugzweden geschlachteten Hunde ganz erächtlich höher sein, denn es ist bekannt, daß gerade bei

Zur Gegenwart zu den Pferden und Hunden hat die Zahl der im zweiten Quartal geschlachteten Ochsen gegen-
über dem Vorjahr einen Rückgang erfahren von 129 203 auf 129 216. Dabei wiesen eben die Schlachtingen-
zahlen des Jahres 1911 einen Rückgang auf. Es wurden
seitens im zweiten Quartal geschlachtet: 1905: 143 889,
06: 152 118, 1907: 134 278, 1908: 139 112, 1909:
7 899, 1910: 149 456, 1911: 123 303 und 1912:
2 216 Ochsen. Erwägt man die natürliche Bevölkerungs-
zunahme Deutschlands, die jährlich etwa 1 Million Men-
schen beträgt, dann zeigen diese Zahlen deutlich, in welchem
Grade die Ernährung gelitten hat. Der Ausfall an Ochsen
ist kaum in das Jahr weitgedrängt durch die vermehrte
Verzehrung von Rindfleisch und Schweinefleisch bei beiden
Sparten wohl eine Zunahme gegenüber dem Jahre 1911.

nicht aber eine solche im Vergleich zu früheren Jahren zu verzeichnen ist. Bei Büffeln betrug die Zahl der Schlachtungen 1909: 134 188, 1910: 129 842, 1911: 113 694, 1912: 115 652. An Stühlen wurden jeweils im zweiten Quartal geschlachtet: 1909: 416 087, 1910: 438 269, 1911: 419 527, 1912: 421 820. Ähnlich ist das Verhältnis bei den Zuggrindern und Stälberrn. Gegen 1911 ist eine Zunahme, im Vergleich zu den früheren Jahren aber eine bedeutende Abnahme der Schlachtungen zu konstatieren. Eine Zunahme, und zwar nicht nur im Vergleich zum Vorjahr, sondern auch zu den früheren Jahren weist die Zahl der geschlachteten Schweine auf. Gemeiß im zweiten Quartal wurden der Fleischbeschau unterstellt: 1909: 3 636 500, 1910: 3 640 118, 1911: 4 125 367 und 1912: 4 302 562. Ähnlich ist die Zahl der geschlachteten Biegen gestiegen. Hier lauten die entsprechenden Ziffern: 1909: 190 806, 1910: 177 704, 1911: 176 786, 1912: 204 235. Dagegen ist die Zahl der geschlachteten Schafe zurückgegangen. Im zweiten Quartal 1909 wurden 473 017 geschlachtet,

1910: 504 488, 1911: 471 299, 1912 aber nur 454 938.

Im ganzen ist es ein sehr trübes Bild, welches die amtliche Statistik von der Fleischversorgung Deutschlands gibt. Um es voll zu würdigen, muß dabei noch in Betracht gezogen werden, daß das Vieh in diesem Jahre vielfach in nicht völlig schlachtreifem Zustande zum Markt gebracht, so daß eine Statistik, welche sich auf das Gewicht der verbrauchten Fleischmenge bezieht, ein noch viel ungünstigeres Bild ergeben würde. Daher sind, trotz der geringeren Qualität der Ware, die Preise so schrecklich hoch, daß immer mehr Menschen dazu übergehen, Pferde- und Hundefleisch zu essen, um nicht völlig auf jeden Fleischgenuss zu verzichten. Die bedeutende Zunahme des Pferde- und Hundefleischkonsums ist bezeichnend für das Niveau, auf welches die Lebenshaltung der breiten Massen des deutschen Volkes herabgedrückt wird. Die hohe Reichsregierung läßt sich aber dadurch nicht aus ihrer Ruhe bringen. Bethmann Hollweg und seine nachgeordneten Stellen erwägen, erwägen und erwägen immer wieder, aber es geschieht nichts! Es scheint, daß man der Regierung noch deutscher als je bisher zum Bewußtsein bringen muß, daß sie verpflichtet ist, für Abhilfe zu sorgen, denn das deutsche Volk hungert!

Die Privatangestelltenversicherung tritt voraussichtlich zum 1. Januar 1913 in Kraft. In der zweiten Hälfte des Oktober finden die Wahlen für die Vertreter der Versicherten statt, wozu sehr allgemein die Vorbereitungen geöffnet werden. Anfang werden die Vertrauensmänner der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewählt, und zwar in direkter Wahl nach dem Verhältniswahlsystem. Diese Vertrauensmänner wählen dann ihrerseits die Vertreter zu den höheren Versicherungsbehörden. Bei der Versicherung der Privatangestellten handelt es sich um eine besondere Versicherungseinrichtung, die in mancher Beziehung nicht unbedeutend von der Arbeiterversicherung abweicht. Der Zweck der Versicherung ist wie bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Versorgung der Angestellten bei Invalidität und Alter sowie die Fürsorge für die Hinterbliebenen. Es hätte nahegelegen, diesen Zweck durch einen Ausbau der Invalidenversicherung zu erreichen, man hat es aber vorgezogen, für die Privatangestellten eine Erkrankung zu kreaten, wobei aber nicht einmal gesagt werden kann, daß sie besser versorgt sind. Der Versicherungspflicht unterliegen Angestellte in leitender Stellung, Betriebsbeamte, Werkmeister, Bureauangestellte, Handlungs- und Spothelbergehilfen, Bühnen- und Orchestermitglieder sowie als höhere Personal der Schiffsbesatzungen, sofern ihr Jahresgehalt 5000 Mf. nicht übersteigt. Es sind je nach der Gehalts Höhe 9 Beitragsklassen gebildet. In der untersten Klasse mit einem Jahresgehalt bis 550 Mf. beträgt der Monatsbeitrag 1,60 Mf., er steigt bis 26.60 Mf. in der höchsten Klasse, welche die Gehälter von 4000 bis 5000 Mf. umfaßt. Die Beiträge müssen je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Angestellten gezahlt werden. Die Versicherung gewährt den Versicherten ein Ruhegeld nach Vollendung des 65. Lebensjahres oder bei Berufsunfähigkeit. Ferner eine Hinterbliebenenrente für die Witwe und die Kinder unter 18 Jahren. In den ersten 10 Jahren werden nur Beiträge bezahlt. Der Anspruch auf eine Rente beginnt erst nach Zahlung von 120 Monatsbeiträgen. Das Ruhegeld beträgt ein Viertel der in diesen 120 Monaten gezahlten Beiträge. Es erhöht sich nach Maßgabe der über diesen Mindestbetrag hinaus entrichteten Beiträge, doch wird von letzteren nur ein Achtel in Rechnung gebracht. Das nachfolgende Beispiel macht die Rechenmethode verständlich. Bei einem Jahresarbeitsverdienst von 2000—2500 Mf. beträgt der Monatsbeitrag 13,20 Mf. Ein Versicherter, der nach 15-jähriger Beitrag geleistung in dieser Klasse in den Genuss der Rente kommt, würde also erhalten: für die 1584 Mf., die er in den ersten 10 Jahren gezahlt hat, ein Viertel = 396 Mf., und für die 792 Mf., die er in den folgenden fünf Jahren gezahlt hat, ein Achtel = 99 Mf., zusammen also 495 Mf. Stellt der Versicherer, nachdem er diesen Anspruchworben hat, dann erhält die Witwe zwei Fünftel des Rentenbetrages, für jedes Kind ein Fünftel, wobei die Höchsgrenze in der gleichen Weise berechnet wird, wie bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Der Leihzuschuß mit 50 Mf., der bei dieser Versicherung zu der Rente gezahlt wird, wird bei der Angestelltenversicherung nicht gewährt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen **Volksbeitrages** erteilt, wonach der Gesamtbetrag in diesen Zahlstellen ab 1. Oktober in Berlin 125 Pf., Oldenburg 80 Pf., Hameln und Uerdingen 70 Pf. und in Tondern 65 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 80. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat September ist spätestens bis zum 4. Oktober an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Veröffentlichung von keiner Zahlstelle versäumt werden. Als verausgabte Arbeitslosen-, Reise- und Krankenunterstützung sind die im Monat September aus der Haupt- und Volkskasse gewährten Beträge jeweils zusammengezählt einzustellen. Auf der Vorderseite der Berichtskarte sind die Arbeitslosen am letzten Tage des Monats ihrem Berufe entsprechend aufzuführen. Auch von solchen Zahlstellen, in denen keine Fälle von Arbeitslosigkeit und gewährter Krankenunterstützung vorliegen, ist eine Berichtskarte mit Angabe der am Schluß des Monats vorhandenen Mitgliederzahl einzusenden.

Verbandsmitglieder, welche zum Militär einzutreten müssen, haben ihr Mitgliedebuch zur Aufsicht zu übertragen an den Verbandsvorstand einzusenden. Die Beiträge müssen bis zum Abgang voll bezahlt und die Abmeldung zum Militär vom Zahlstellenkassier eingetragen und abgestempelt sein. Nach bedienter Dienstzeit ist das Mitgliedebuch sofort von hier einzufordern und die Beitragszahlung in demselben fortzusetzen. An die Militärzeit anschließende arbeitslose Wochen können nur dann als beitragsfrei abgestempelt werden, wenn die Abmeldung rechtzeitig erfolgt ist. Unterstützungsansprüche stehen den vom Militär zurückkehrenden Mitgliedern im Rahmen derjenigen Rechte zu, welche sie vor der Militärzeit erworben hatten.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 28022 Th. Petersen, Kissenm., geb. 9. 10. 74 zu Ottensen.
- 120729 P. Vlaat, Tischler, geb. 24. 12. 77 zu Ottensen.
- 147320 Georg Wicker, Tischler, geb. 18. 11. 81 zu Niedorf.
- 221479 Al. Coppel, Kissenm., geb. 10. 7. 84 zu Sommerfeld.
- 255513 Karl Vanden, Tischl., geb. 15. 10. 84 zu Flachenseifen.
- 326605 Stanisl. Grubert, Pol., geb. 27. 4. 87 zu Berlin.
- 381334 Otto Goop, Tischler, geb. 24. 7. 81 zu Gisela.
- 392080 Ernst Matthes, Tischler, geb. 2. 1. 76 zu Dresden.
- 453494 Paul Wiesch, Stuhlb., geb. 24. 5. 93 zu Kreischa.
- 459840 Ernst End, Tischler, geb. 8. 3. 85 zu Ost-Steinbeck.
- 462177 Willi Schulze, Tischler, geb. 26. 10. 90 zu Berlin.
- 465016 Al. Petkiewicz, Tischl., geb. 3. 12. 76 zu Miszkow.
- 508303 Adolf Hoffmann, Tischl., geb. 9. 6. 62 zu Hainstadt.
- 522221 Georg Weigel, Tischler, geb. 17. 3. 93 zu Bahrenbrück.
- 533492 Th. Löber, Stellmacher, geb. 6. 5. 54 zu Wethan.
- 544467 Kris Kleinert, Stellm., geb. 9. 8. 92 zu Krummhübel.
- 551262 Ernst Glahn, Polier, geb. 23. 6. 93 zu Berlin.
- 551831 Oswald Kräger, Tischler, geb. 24. 4. 84 zu Ling.
- 623203 Friedrich Mantzik, Tischl., geb. 31. 1. 81 zu Memel.
- 627050 Adr. Holle, Tischl., geb. 16. 11. 66 zu Bischofshausen.
- 628744 Bernh. Wöhrls, Tischl., geb. 14. 10. 93 zu Portum.
- 632038 Karl Stasik, Tischler, geb. 27. 11. 94 zu Gemilow.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Vergolder.) Die Vergolder und Verzinkerinnen nahmen in einer Versammlung am 27. September Stellung, wie sie ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen praktisch verbessern könnten. Es wurde festgestellt, daß auf ein- und dieselben Sorten bei genau derselben Ausführung manche Betriebe herab bis zum vierten Teile des Lohnsakes anderer bezahlen. Um diese Unterschiede zu bezeichnen, hatten die Vertrauensleute der Vergolderwerkstätten einen Minimaltarif ausgearbeitet, der jedoch von verschiedenen Seiten als zu niedrig kritisiert wurde. Man müsse die einzelnen Sorten bedeutend erhöhen. Andere verlangten, an die Unternehmer mit Forderungen heranzutreten. Die verhältnismäßig gut besuchte Versammlung wählte nach ausgedehnter Debatte eine neungliedrige Kommission, die für Groß-Berlin einen Minimal-Einheitstarif aufstellen und den Kollegen zur Beschlussfassung unterbreiten soll. Unter diesen dürfte dann kein Kollege, sowohl beim Pultlöter, als auch bei den Großfabrikanten arbeiten.

Bremen. (Fürste in m a c h e r.) Eine am 7. September stattgefundenen Branchenversammlung beschäftigte sich mit dem Bericht der Zentralkommission im Jahrbuch 1911. Es wurde anerkannt, daß die Kommission vieles in der Agitation geleistet hat. Die Tätigkeit beschränkte sich aber hauptsächlich auf die nächste Umgebung ihres Sitzes. Ein allgemeines scheint nicht viel geschrieben zu sein, denn der Gau Danzig ist nur mit 2 organisierten Kollegen, der Gau Stettin mit 22 und der Gau Breslau mit 20 verzeichnet. Das ist ein sehr betreibendes Bild. Sollte die Kommission nicht mehr tun können, die indifferenzen Kollegen für den Verband zu gewinnen? Es erwacht bald den Anschein, als ob es nicht möglich ist, genügend in den angeführten Gauen agitieren zu können. Das ist nach den Ausführungen des Kollegen Wallauer auf dem diesjährigen Verbandsstag anzunehmen. Sollte der Zentralkommission der Weg abgeschnitten sein, in allen Orten, in denen Büstenmacher beschäftigt sind, vorteilhaft wirken zu können, dann müssen sich die Zahlungen mehr darum kümmern. Nur Lage der Büstenmacher selbst werde beweisen, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur durch die Ein-

führung der Maschinen immer größer wird, sondern auch die Gefängnis- und Blindenanstalten sowie die Heimarbeit tragen zum großen Teil dazu bei. Und leider wird nichts getan, diesem abzuholen. Wäre es da nicht angebracht, in den bestehenden Sektionen über die Einberufung einer Konferenz zu beraten? Notwendig wäre eine solche, denn nur auf diese Weise wäre es möglich, geeignete Mittel zu finden, die Kollegen dem Verband näher zu bringen. Heraus also ihr Branchenleiter, halst Vereinigungen ab und sagt nicht, daß es keinen Zweck hat, weil kein Stoff zum Diskutieren da ist. Der ist immer da, man muß sich nur darum bemühen. Wo keine Versammlungen abgehalten werden, verlieren die Kollegen die Interessen zum Verband und die Sektion hat gar keine Bedeutung. Daum beauftragt die Zentralkommission, daß diese die Einberufung einer Konferenz beim Hauptvorstand beantragt, um uns einmal gründlich aussprechen zu können.

Danzig. Der Bericht unseres Gauvorstehers im neuen Jahrbuch des Verbandes hat begreiflicherweise den Erfolg des christlichen Bezirksleiters Schopohl nicht gefunden und macht dieser nun seinem bedrangten Herzen in Nr. 87 des "Holzarbeiter" Lust. Gegen ihn ist in dem Bericht der Vorwurf erhoben worden, daß er nach dem Tarifabschluß mit der Parkettfabrik Domaniuk durch unseren Verband der Betriebsleitung seine Organisation empfahl und auch tatsächlich eine Anzahl Christliche in den Betrieb hineinbugsierte, wodurch für den Unternehmer die Gelegenheit zur Umgehung der vertragsmäßigen Bestimmungen gegeben wurde. Herr Schopohl macht jetzt in sittlicher Entrüstung, weil er zu dem fraglichen Vertragsabschluß nicht zugezogen wurde, trocken er die Forderung mit unterzeichnet habe. Er spricht dabei den Verdacht aus, daß die von ihm unterzeichnete Eingabe gar nicht abgeschlossen worden sei. Derart "ehrliche" Handlungswiesen mögen bei den Christen üblich sein, bei uns nicht. Unser Bevollmächtigter hat die Forderungen damals sofort zur Post gegeben. Wenn der christliche Bezirksleiter nicht zugesogen wurde, so einfach deshalb, weil er vorher selbst erklärte, auf längere Zeit vereisen zu müssen, der Abschluß aber eilte und die ganzen zwei im christlichen Holzarbeiterverband organisierten Arbeiter (gegenüber 28 bei uns, 2 im Metallarbeiterverband organisierten und 2 unorganisierten) zurzeit des Vertragsabschlusses bereits anderweit in Arbeit standen. Wenn Sch. jetzt von 4 Mitgliedern spricht, so rechnet er sich eben auch die unorganisierten ein. Bei der Arbeitsaufnahme waren keine Christen vorhanden, solche fanden sich erst später ein. Aber erst nach zehn weiteren Tagen kam Herr Schopohl der Gedanke, daß sein Name auch unter diesem Vertrag glänzen müsse. Um ihm nicht einen billigen Vorwand zum Arbeitererrat zu geben, ließen unsere Kollegen auch seinen Namen noch unter den bereits im Druck befindlichen Vertrag setzen. Als dann im September 1911 nach einander mehrere unserer Mitglieder entlassen wurden, erklärte der Fabrikant, daß Sch. ihm mitgeteilt habe, der christliche Verband erkenne den Vertrag nicht an. Mit der Annahme der Christen ließ dann gar schnell die Aufrechterhaltung der errungenen Vorteile nach. Hier kann alles Gettern des christlichen Gauleiters die Aufmerksamkeit nicht von seinem arbeiterfreudigen Tun ablenken, auch nicht die faule Drohung in der Cäserkr. Sache auf die er die Antwort trotz seines Versprechens vom März dieses Jahres uns unserer Erinnerung im August noch immer schuldig bleibt — aus guten Gründen.

Leipzig. Eine starkbesuchte Mitgliederversammlung nahm Stellung zu den Sondervereinbarungen beziehlich der Ründigung, wie solche in der letzten Zeit in einigen Vertragsbetrieben abgeschlossen worden sind. Der Bevollmächtigte, Kollege Gercke, wies darauf hin, daß der Abschluß von solchen Vereinbarungen mit Kündigungsklausen im Widerspruch mit unseren vertraglichen Bestimmungen über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses steht und somit eine vertragswidrige Handlung darstelle. Ähnliche Vorgänge haben sich auch im Jahre 1907 abgespielt, damals war aber die Kündigungsfrist noch nicht vertraglich ausgeschaltet. Die bis jetzt gemeldeten Fälle sind in ihrer Eigenart so bezeichnend, daß die Organisation daran nicht stillschweigend vorüber gehen kann. In einem Betrieb wird in leichter Zeit gleich drei solche Vereinbarungen abgeschlossen worden, ohne daß sich für die betreffenden Arbeiter irgend etwas in ihrem Arbeitsverhältnis geändert hätte. Mit einem Markt Lohnzulage tritt der Unternehmer an besonders qualifizierte Arbeiter heran, um ihnen die Sache damit schmackhaft zu machen; in Wirklichkeit soll diesen Personen die Vertägung der Solidarität unmöglich gemacht werden. Neben die Absicht der Unternehmer geben die mit den einzelnen Arbeitern geprägten Verhandlungen den nötigen Abschluß. Zunächst wird eine Lohnzulage von 2 M. pro Woche bei 14-tägiger Kündigung vorgeschlagen und eine solche von 4 M. bei vierwochentlicher Kündigung. Die Arbeiter sind auf das letztere eingegangen, ohne dabei bedacht zu haben, daß sie damit ihr solidarisches Verhalten völlig in Frage stellen. Die Unternehmer hoffen damit auch einen größeren Einfluß auf weitere Arbeiterkreise ausüben zu können. Bedauerlich ist es, daß drei ältere Mitglieder ohne jede Verständigung mit der Verwaltung auf solche Vereinbarungen sich eingelassen haben. Die Organisation muß diese Mitglieder verpflichten, von ihrem vertragswidrigen Verhalten zurückzutreten und sich dann, wenn die Unternehmer versuchen, solche Vereinbarungen weiter zu führen, unter Anspruchnahme der Vertragsinstanzen dagegen zu wenden. Die Verwaltung unterbreite folgenden Antrag der, nachdem sich noch mehrere Kollegen sehr dafür gegen die Sondervereinbarungen ausgesprochen hatten, einstimmig ange nommen wurde: „Hierunter Hinweis auf die Bestimmungen unseres allgemeinen Vertrages unter Punkt 12, welche eine gegenseitige Kündigung ausschließt, in Verbindung mit Punkt 14 Absatz 2, wonach alle Einzelabmachungen, welche gegen die Bestimmungen des Vertrages vertragen, ungültig sind, muß der Abschluß von Sonderverträgen und Kündigungsklausen in den Vertragsbetrieben als ein Vertrag gegen den Vertrag bezeichnet werden. Die Vereinbarung von Sondervereinbarungen und Kündigungsklausen, wie solche in der letzten Zeit in einigen Betrieben festgestellt werden können, liegt lediglich im Interesse der Unternehmer und bildet eine ernste Gefahr für die Einheitlichkeit der Aktion.“

der Arbeiterschaft und der gemeinsamen Betätigung ihrer Solidarität. Für die Kollegen ist es deshalb Pflicht, solche die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft und der Organisation schädigende Vereinbarungen entschieden abzuwenden. Von unseren Verbandsmitgliedern muß dies in erster Linie erwartet werden. Es werden deshalb die Mitglieder, welche zurzeit auf solche Vereinbarungen eingangen sind, aufgefordert, dieselben unverzüglich rückgängig zu machen. Sollten Unternehmer wegen dieses Vorgehens gegen die betreffenden Kollegen besondere Maßnahmen ergreifen, so ist die Verwaltung gehalten, mit allen Mitteln die Interessen der Kollegen zu wahren. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, gegen diejenigen Mitglieder, welche entgegen diesem Beschuß auf Sonderverträge eingehen, das Ausschlußverfahren einzuleiten.“

Nürnberg a. S. (F a m m a c h e r.) Am der am 14. September stattgefundenen Branchenversammlung wurde zu der Frage der Branchenkonferenz Stellung genommen. Die Kollegen begrüßten mit Freuden die in leichter Zeit von verschiedenen Zahlstellen in dieser Sache gemachten Anregungen und Vorschläge. Wie hier bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Organisationsverhältnisse lassen viel zu wünschen übrig. Von rund 400 Beschäftigten sind noch nicht 80 Kollegen organisiert, dazu auch noch in zwei Verbänden. Löwe von 12 bis 15 M. für ältere, für jugendliche Kollegen 6 bis 8 M. pro Woche sind keine Seltenheiten. Die Affordpreise für Schleifer, Pollerer, Bielen, Fräsen und Düblier sind hier bei einigen Fabrikanten so niedrig, daß auch bei der allerordentlichen Arbeit, sogenannte Schleuderware, und größten Schusterei kein annehmbarer Wocheneinkommen erreicht werden kann. Die Kollegen befürworten die angelegte Konferenz. Zu der von den Berliner Kollegen vorgeschlagenen Tagesordnung wünschen wir folgende Änderung. Punkt 4 soll lauten „Organisation, Agitation und wie befehligen wir die Grenzstreitigkeiten in der Stammbaum- und Haarschmuckbranche“. Punkt 6: „Die Beschäftigung von Jugendlichen in der Celluloid-Haarschmuckbranche“. Belehrter Frage sollen insbesondere die Wirkstädte auf hygienischen Gebiet und die Brandgefahr besprochen werden.

Polen. Am 16. September wurde vor hellem Hause zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden ein Lichtbildvortrag über „Unfallverhütung und Arbeitsschutz in der Holzindustrie“ vom Kollegen Schürmann aus Stuttgart gehalten. Unter den Besuchern waren Frauen und Angehörige anderer Organisationen zahlreich vertreten. Die Verwaltung glaubt mit dieser Veranstaltung den Wünschen, mehr für die Bildung der Mitglieder zu jagen, Rechnung zu tragen. Nur wünscht die Verwaltung in der Agitation, namentlich jetzt, wo die Gegner alles an den Haaren herausziehen, um damit gegen unseren Verband zu heben, mehr als bisher unterstützt zu werden. Geschieht dies, so wird aus der Hölle der Gegner nur Vorteil für uns herauspringen.

Wolfratshausen. Was von einem stellenlohenen Säger nicht alles verlangt wird, zeigt folgender Fall. Wollte fürstlich im bayerischen Oberland ein Säger seine Stelle wegjagen und schrieb an diesem Zwecke an einen Sägewerksbesitzer im bayerischen Wald. Schon nach einigen Tagen erschien der Kollege ein Schreiber mit folgenden Fragen:

„Ich erbitte mir mal:

„Ihre Zeugnisse mit Lebenslauf.“

„Kennen Sie kleine Reparaturen an einer 50 HP-Lokomotive vornehmen?“

„Wie alt sind Sie?“

„Haben Sie Familie und wieviel?“

„Wie sind Ihre Ansprüche?“

„Sind Sie im Bucheneinschnitt und auch im Weichholzeinschnitt gut bewandert?“

Dieses Dokument zeigt so recht, welche Herren unsere Sägewerksbesitzer im bayerischen Wald noch sind. Man ist es gewohnt, bei Vergebung von leitenden Beamten, Staatsposten usw. den Lebenslauf des Bewerbers zu verlangen, neu dürfte es sein, daß man denselben von einem Säger verlangt. Daß unser Arbeitgeber ein Universalmensch, wie es Frage 2 verlangt, der rechte Mann wäre, begreifen wir, besonders für den bayerischen Wald. Allerdings der Arbeitler auch nicht sein und eine recht große Familie muß er haben, damit er nicht bei der nächstbesten Gelegenheit Kleinhau nimmt und nicht viel Lohn verlangt. Derartige Vorkommen können nur befehligt werden, wenn die Säger sammt und sondes aus ihrem Winter schlaf aufwachen, sich organisieren, das Umstauen und um Arbeit schreiben unterlassen und die von der Organisation geschaffenen Arbeitsnachweise benutzen. Auch die Säger müssen einsehen lernen, ihre Arbeitskraft nicht als Schleuderware auf den Markt zu werfen, sondern dieselbe so lange zurückzustellen, bis sie preiswert an den Mann gebracht werden kann. Dann erst werden die Herren Arbeitgeber es unterlassen, sich den Arbeiter herauszusuchen, der ihnen am billigsten und willigsten erscheint.

Unsere Lohnbewegung.

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten am 1. Oktober d. J. nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein:

(In einigen Fällen gilt nicht der 1. Oktober, sondern das besonders vermerkte Datum für das Inkrafttreten der Verbesserungen.)

Erläuterungen zu den Abkürzungen: F. a. = Firma. A. t. z. t. = wöchentliche Arbeitszeit. L o n g . h. = Aufschlag auf die bisher bezahlten Stundenlöhne. M i n d e s t. l. = Mindeststundenlöhne. D u r c h s c h n i t t s. l. = Durchschnittsstundenlöhne. N o r m a l l. = Normalstundenlöhne. A l l o r d. t. = Akkordtarife.

Altenburg S.-A. (Harmonikabranche): Arzt. von 56 auf 55½ Std. mit Lohnausgleich.

Amberg: Lohnh. 1 Pf. Mindestl. auf 38 Pf.

Bamberg (Fa. Müller, Möbelfabrik): Arzt. von 56 auf 55 Std. mit Lohnausgleich.

Boizenburg (Täffewerke): Stundenlohn von 45 auf 46 Pf.

Borna: Arzt. von 57 auf 56 Std. Lohnh. 1 Pf. Mindestl. von 44 auf 45 Pf. für Gehilfen unter 20 Jahren von 30 auf 37 Pf.

Bremen (Fa. Harkes u. Ihde, Hammerstifffabrik): Lohnr. 2 Pf. für Holzarbeiter und jugendliche Arbeiter 1 Pf. Der Ausgangslohn steigt entsprechend.

Cöthen (Stellmachereien und Karosseriewerke): Lohn erhöhung 1 Pf. Mindestl. der Gehalts von 42 auf 43 Pf. für Kostennachrechnung von 50 auf 51 Pf.

Danzig (Fa. Möbelfabrik Haas): Arbz. von 58 auf 55 Std. Lohnr. 2 Pf. Durchschnittl. von 49 auf 51 Pf.

Detmold (Fa. Braund in Leopoldshöhe): Arbz. von 66 auf 65 Pf. Lohnr. 1 Pf.

Dresden (Fa. Ulrich, Haarschuhfabrik): Lohn- und Abhördpreise werden vom 2. Oktober ab um 5 Proz. aufgestellt.

Duisburg: Arbz. von 57 auf 56 Std. Lohnr. 1 Pf. Durchschnittl. von 60 auf 56 Pf. für Maschineneinheiten von 68 auf 69 Pf. Altdorf. werden jüngemäß erhöht.

Eisenach: Arbz. von 57 auf 56 Std. Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 48 auf 49 Pf. für Gesellen im 2. Gesellenjahr von 42 auf 43 Pf. Altdorf. jüngemäß erhöht.

Eversfeld-Worms (Tischfabrik Marx u. Co.): Lohn erhöhung 2 Pf. Für Afordarbeiter entsprechender Aufschlag.

Essen-Kray (Fa. Hundörfer u. Krantz): Arbz. am 15. Okt. von 57 auf 56 Std. Lohnr. 1 Pf. Durchschnittl. von 58 auf 59 Pf. für Maschineneinheiten von 63 auf 64 Pf.

Frankfurt a. Oder (Fa. Hahn): Lohnr. 1 Pf. Die Afordpreise werden um 5 Proz. erhöht, die Anschlägerpreise um 3 Proz.

Fa. Grünau (Fa.): Lohnr. 2 Pf. Die Afordpreise werden um 8 Proz. erhöht, die Preise für Anschlägerarbeiter um 3 Proz.

Hulda: Arbz. von 59 auf 57 Std. Lohnr. 2 Pf. Mindestl. um 2 Pf. erhöht. Altdorf. jüngemäß erhöht.

Göttingen: Lohnr. 1 Pf. Durchschnittl. von 45 auf 46 Pf.

Greifswald: Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 34 auf 35 Pf.

Hd. Z. und Baugesellschaft m. b. H.): Lohn erhöhung 1 Pf.

Hainichen: Arbz. von 58 auf 57 Std. Lohnr. 2 Pf. Mindestl. von 31 auf 32 Pf. für Maschinenearbeiter von 28 auf 29 Pf. Altdorf. 4 Proz.

Hamburg: Arbz. von 52 auf 51 Std. Lohnr. 2 Pf. Tarifliche Mindestl. um 2 Pf. erhöht.

Altona (Fa. Gründziel; Perlmuellerwarenfabrik): Lohnr. 50 Pf. pro Woche. Mindestl. von 29 M. auf 29,50 Mark pro Woche.

Herrnburg (Möbelwerke in Lüdersdorf): Arbz. von 54 auf 53 Std. Lohnr. 2 Pf.

Hildesheim: Lohnr. 1 Pf. Durchschnittl. von 46 auf 47 Pf.

Jena: Arbz. von 59 auf 55 Std. Lohnr. 1 Pf. Mindestl. von 41 auf 42 Pf. für Gesellen im 2. Gesellenjahr von 39 auf 39 Pf. Altdorf. jüngemäß erhöht.

Klausthal (Fa. Blaenkenburg, Bauträger): Arbz. von 54½ auf 53 Std.

Leipzig (Kistenbauer): Arbz. von 55 auf 54 Std. Lohnr. 2 Pf. Mindestl. um 2 Pf. erhöht.

Lüderwalde: Arbz. von 55 auf 54 Std. mit Lohnausgleich.

Lübben (Fa. Seijoe u. Hartdäfel): Lohnr. 1 Pf.

Melsdorf (Fa. Albers und von Dathen): Lohnr. 2 Pf.

Niemel (Fa. Fadißies): Lohnr. 1 Pf.

Nürnberg (Sägewerke): Arbz. von 53 auf 52 Std. Lohnr. 1 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 54 auf 52 Std. mit Lohnausgleich.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Arbz. von 53 auf 52 Std. Mindestl. von 27 auf 28 Pf.

Modellmöbelteiner: Ar

in Berlin 1905 verfolgten die Unternehmer das Ziel, den Kampf auf die gesamte Industrie in Deutschland auszudehnen. Die Taktik der Unternehmer erforderte geeignete Gegenmaßnahmen der Arbeiter, deren Zweckmäßigkeit die Hirche aber ebensowenig beurteilen können, wie ihre Vorheiter: die Christen. Das berechtigt sie aber noch lange nicht, den Holzarbeiterverband des Streikbrechers zu beschuldigen. Der zweifelhafte Ruhm, den Streikbrecher nicht nur gelegentlich praktisch zu betätigen, sondern ihn neuerdings auch theoretisch zu begründen, ist ein Vorzug, den den Hirchen unverkennbar erhalten bleibt.

Nicholas Schmidt †. Am 19. September ist in Lüneburg der Kollege Nicholas Schmidt, bisher Arbeitsschreiber in Hannover, verschieden. Schmidt, ein geborener Berliner, war im Dezember 1893 als Zweizwanzigjähriger dem Verbande beigetreten. Später trennen wir ihn in Bremerhaven, wo er das Amt des Bevollmächtigten bekleidete. Im September 1900 wurde er in Bremen zum unbefoldeten Gaubürosteher gewählt, welche Funktion er bis zum November 1902 ausführte. Im Frühjahr 1904 stellte ihm die Zahnstelle Bremen als befolteter Kassierer an. Im Jahre 1905 übernahm er die Tätigkeit eines Gewerkschaftsschrebers in Hannover, und trat im Jahre darauf bei der Erweiterung des dortigen Arbeitsschreiberats in dieses ein. In dieser Stellung leitete er zu einem Teil den Bau des neuen Gewerkschaftshauses mit. Noch vor Vollendung dieses Bauwerks zwang ihn eine tödliche Krankheit, von seinem Posten zurückzutreten und verschiedene Heilanstalten aufzusuchen. Bulekt fand er als unheilbar in der Lüneburger Provinzialirrenanstalt Aufnahme, wo ihn jetzt der Tod erlöste. Welcher Beliebtheit sich Schmidt in seinem letzten Wirkungskreise erfreute, beweist der Umstand, daß an seiner Beisetzung in Lüneburg Vertreter von sechs verschiedenen Hannoverschen Organisationen, dabei auch unserer Zahnstelle, teilnahmen.

Lästige Ausländer. Die preußische Polizei hat ihrem Vorsprung ein neues Blatt eingefügt. Sie hat den Kollegen Löffler in Wald i. Rhld., der seit mehreren Jahren dort ansässig und verheiratet ist, als "lästigen Ausländer" aus Preußen ausgewiesen. Löffler ist Österreicher und hat sich dadurch lästig gemacht, daß er sich an dem Streik der Stadtarbeiter beteiligt. Er ist völlig unbestraft und hat bei dem Streik keineswegs eine hervorragende Rolle gespielt; er wurde nicht einmal zum Streikpostenstehen verwendet. Tut nichts, die Polizei sagt, er hat sich lästig gemacht. Wäre er ein Schuft und Streikbrecher, dann hätte die Polizei gegen seine Unwesenheit nichts einzumenden gehabt und als Revolverheld hätte er sich vielleicht noch ihres besonderen Schutzes erfreut. Aber er ist ein Ehrenmann, und deshalb muß er Preußen verlassen. Mit ihm ist natürlich auch seine Frau, die vier Kinder aus erster Ehe hat, ausgewiesen. Sie ist in Wald geboren und dort groß geworden, ist nie in Österreich gewesen, aber durch die Ehe hat sie die preußische Staatsangehörigkeit verloren und muß nun auch fort aus ihrer Heimat. So will es die preußische Polizeibrutalität. — Der Abgeordnete Giesberts hat recht: Man muß sich schämen ein Preuße zu sein!

Gewerkschaftliches.

Schuf vor Streikbrechern.

Die Ermordung des Schuhmachers Karl Fritsch durch einen bei der Firma A. G. Wolf in Burg bei Magdeburg beschäftigten Streikbrecher hat unter den Einwohnern der Stadt begreiflicherweise eine ungeheure Aufregung hervorgerufen, die durch das Verhalten des Mordbuben und seiner Kumpane und die Nachsicht, mit der die gemeingefährliche Streikbrechergesellschaft von den Behörden behandelt wurde, noch geschürt wird. Über den Vorfall selbst haben wir schon in der vorigen Nummer kurz berichtet. Als Täter wurde inzwischen der 25 Jahre alte Tischler Joseph Ruppert aus Karlsruhe i. B. festgestellt. Diesem Burschen hatte die Polizei schon einige Zeit zuvor, als er auf dem Paradeplatz mit dem Revolver herumfuhrte, die Waffe abgenommen, aber am anderen Tage brachte sie ihm den Revolver zurück!

Am Tage nach dem Mord wurde das Streikbrecherquartier von der Polizei durchsucht und hierbei ein Revolver beschlagnahmt, aber gleich danach wurden wieder einige Bürger von einem anderen Streikbrecher mit dem Revolver bedroht und auf ihre Beschwörung wurde ihnen auf der Polizei die klassische Antwort zuteil: Es sei Sache des Mannes, was er mit seinem Revolver anfangt! Auf Drängen des Publikums war der Ruppert gleich nach der Tat verhaftet worden und die Polizei hatte ihn an das Amtsgericht eingeliefert; tags darauf, am 16. September, wurde er aber wieder aus der Haft entlassen und am Nachmittag des gleichen Tages veranstaltete das Streikbrechergesindel in der Fabrik von A. G. Wolf ein Saufgelage, wozu ihnen zwei höher Bier in den Betrieb geliefert wurden. Am 17. September wurde eine Deputation von Bürgern beim Bürgermeister vorstellig und verlangte die Entfernung des Streikbrechers, welche die Sicherheit der Stadt gefährden. Sie erhielten zur Antwort, daß der Bürgermeister mit dem Verlangen sympathisiere, aber das Gesetz versage ihm die Berechtigung zu einem solchen Vorgehen. Als die Mitglieder der Deputation gleich darauf dem Mörder begegneten und ihn näher ansehen wollten, brauchte dieser nur eine Signalfeife an den Mund zu legen und sofort erschien ein Polizist, um ihm das Ehrengeleit zu geben. Die Staatsanwaltschaft hat sich scheinlich doch nach verdeckt gesehen, den Ruppert in Fest zu nehmen. Er ist jetzt ins Landgerichtsgefängnis nach Magdeburg übergeführt worden. Die Nachsicht, mit der er bisher von den Behörden behandelt wurde, läßt erwarten, daß er auch recht mitte Richter findet.

Um zu den Vorgängen Stellung zu nehmen, fand am 16. September eine Versammlung statt, die einen un-

geheuren Besuch aufwies. Einmütig wurde hier beschlossen, nicht nur jede Verübung mit den Streikbrechern strengstens zu meiden, sondern auch jeden Verkehr in Häusern, Geschäften, Gastwirtschaften und Vergnügungslokalen, die Streikbrecher beherbergen oder zulassen, sofort abzubrechen. Dieser Beschluß ist ein Akt der Notwehr. Wo die Streikbrecher der Meinung sind, daß sie ungestrafft einen törichten können und das Verhalten der Behörden sie in dieser Ansicht bestärkt, da haben die Bürger allerdings alle Ursache, diese gefährlichen Elemente auf das strengste zu isolieren. Der in der gleichen Versammlung gesetzte Beschluß, am Nachmittag des Beerdigungstages die Arbeit in allen Betrieben in Burg ruhen zu lassen, wurde strikte durchgeführt, und so gestaltete sich das Begräbnis des ermordeten Genossen Fritsch am 19. September zu einer gewaltigen Demonstration. Mehr als 3000 Arbeiter, darunter über 600 Frauen, gaben dem Ermordeten das letzte Geleite.

Die Morde des Streikbrechers ist auch auf dem Parteitag in Chemnitz zur Sprache gebracht worden und dem Abgeordneten Haupt, der darüber sprach, ist durchaus beizustimmen, wenn er darauf hinweist, daß es an der Zeit sei, einen Schuß vor den Arbeitwilligen zu fordern. Ein solcher ist auch wirklich viel dringender notwendig, als die von den Schuhmachern mit so viel Inbrunst geforderten Ausnahmegesetze zum Schutz der Streikbrecher.

Vaterländische Arbeitervereine. Die Arbeiter, die, um mit Professor Brentano zu sprechen, jeden Gemeingeist für die Interessen und Ehre ihres Standes bar, lediglich ihre momentanen Vorteile verfolgen, haben sich in verschiedenartig benannte Organisationen zusammengetragen, oder richtiger gesagt, sie sind zusammengeflochten worden, denn es ist ja für diese Leute charakteristisch, daß sie auf ihr Selbstbestimmungsrecht verzichten und sich von den Unternehmern dirigieren lassen. Ob sie sich nun gelbe Vereine oder Werkvereine nennen oder ob sie sich den neu erfundenen Namen Wirtschaftsfriedliche beilegen, ist gleichgültig; es ist alles die gleiche Sorte Streikbrechervereine, und die vaterländischen Arbeitervereine unterscheiden sich von ihnen nur durch ihren Namen.

Für die vaterländischen Arbeitervereine interessiert sich u. a. die Waggonfabrik in Weimar. In diesem Betrieb wird eine eifige Propaganda für die Vaterländischen entfaltet. Jeder Terroristus wird bei dieser Agitation natürlich streng vertrieben, und wenn wirklich der eine oder der andere, dem seine Arbeitsehre höher steht als das Wohlwollen seiner Vorgesetzten, und der deshalb auf die Mitgliedschaft bei den vaterländisch angestrichenen Gelben verzichtet, entlassen wird, dann ist das eben kein Terroristus, sondern eine gerechte Strafe für den Mangel an vaterländischem Empfinden. Arbeiter, die so gemäßigt werden, dürfen auch nicht sagen, daß sie aus Unkenntnis gehandelt haben. Ihnen ist in der Fabrik der Aufnahmeschein in die Hand gedrückt worden, auf dem deutlich zu lesen ist, was die Vaterländischen wollen. Sie wollen „alle treu zu Kaiser und Reich stehenden deutschen Arbeitern gegen die politisch und wirtschaftlich irreführende Sozialdemokratie vereint“. Das ist die Hauptthese.

„Die sittliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Hebung der deutschen Arbeiterschaft“ ist zwar sehr schön gesagt, aber nicht ernst gemeint. Das ist eher anzunehmen von dem nächsten Programmpunkt: „ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen und zu erhalten“. Das geschieht in der Weise, daß die Arbeiter ihr Tun und Lassen völlig nach den Wünschen der Unternehmer einrichten. Diesen Wünschen entspricht es auch, daß die Vaterländischen „dem sozialdemokratischen Terrorismus auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet tatkräftig entgegentreten“. Die Fixierung dieser Aufgabe im Programm steht den Herrschaften besonders gut an, die ihre Mitglieder hauptsächlich durch das Mittel der Drohung mit wirtschaftlichen Nachteilen gewinnen.

In Weimar sollen es die Vaterländischen schon auf 140 Mitglieder gebracht haben. Dies ist zwar nicht besonders viel, dafür erfreuen sich diese Getreuen auch der Sympathie hochgestellter Herrschaften. Die Arbeiter, denen etwas an der Wahrung ihrer Ehre liegt, gehen allerdings diesen Lieblingen der Unternehmer in weitem Bogen aus dem Wege. Und das nicht nur in Weimar, sondern überall, wo sich diese Sumpfsplatten, gleichviel unter welchem Namen, eingenistet haben.

Unternehmerbewegung.

Die Arbeitgeberverbände im Jahre 1911.

Das Jahr 1911 mit seinen großen organisatorischen Fortschritten für die freien Gewerkschaften hat anscheinend auch eine weitere Erstärkung der Arbeitgeberorganisationen gebracht. 272 000 neue Mitglieder haben die freien Gewerkschaften allein gewonnen, rund 300 000 alle Gewerkschaftsrichtungen zusammen. Demgegenüber weist das Einflussgebiet der Arbeitgeberorganisationen nach den Angaben des „Statistischen Jahrbuches“ eine Erweiterung um 351 000 Arbeiter auf. Soweit die Arbeitgeberverbände überhaupt über die Zahl der bei ihren Mitgliedern beschäftigten Arbeiter an das Statistische Amt berichtet, hat sich diese Zahl von 4 027 440 im Jahre 1910 auf 4 378 275 im Jahre 1911 erhöht, während freie, christliche und Kirch-Dunkerische Gewerkschaften zusammen nur 2 858 000 Mitglieder musternten. Diese anscheinend stärkere Zunahme des Einflusses der Arbeitgeberorganisationen als der Arbeitgeberverbände mag an sich bedenklich stimmen doch ist dabei zu beachten, daß die Statistik der Arbeitgeberverbände heute ebenso wenig wie früher Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann. Die Scheu vor der Öffentlichkeit hat dort zur Folge, daß viele Verbände gar keine oder nur unvollständige Angaben gemacht haben, andere wieder mit derartigen Zahlen dienen, daß man die „Arbeits“ schon ohne weiteres meint. Das Zeichen aller Einzelangaben und ferner über die Finanzierung macht einzelne Angaben unmöglich. Dazu kommt, daß bei dem Durcheinander von Reichs-, Bezirks- und Ortsverbänden, beruflichen und gewerblichen Verbänden das Ausscheiden von Doppelfähigkeiten eingerichtet.

Der gleichen Betriebe trotz der Vermehrungen des Statistischen Amtes wohl kaum vollständig möglich ist. Die Zahlen über die Arbeitgeberverbände sind also nur mit Vorbehalt aufzunehmen.

Insgesamt liegen dem Statistischen Amt Angaben vor über 103 Reichs-, 461 Landes- oder Bezirks- und 2521 Ortsverbände. Gegenüber dem Vorjahr weisen die beobachtenden Reichsverbände der Arbeitgeber eine Zunahme um 10, die Ortsverbände um 160 auf, während der Bezirksverbände 7 weniger gezählt wurden, doch dürfte es sich dabei lediglich um eine Verschiebung der Zahlen zugunsten einer der beiden anderen Gruppen handeln.

Wie früher haben vor diesen verschiedenen Verbänden nur zwei Drittel Angaben über ihre Mitgliederzahl gemacht, und mit die Hälfte verrät die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Die so ermittelten Mitglieder der Arbeitgeberverbände weisen gegen 1910 eine Zunahme von 127 424 auf 132 485 auf.

Von den größeren Berufsverbänden gibt der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller seine Mitgliederzahl auf 3000 mit 500 000 Arbeitern an, was lediglich einer Abwendung der vorjährigen Zahlen entspricht und wahrscheinlich einen Rückgang bedeutet soll. Die Textilindustrie ist ebenfalls eine geringe Steigerung von 1800 auf 1912 Mitglieder mit 316 668 Arbeitern gegen 312 000 im Vorjahr. Der dritte im Bunde der Großen, der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, hat sogar nur 19231 Mitglieder gegen 23 249 im Jahre 1910 eingestellt. Bei den Arbeitern begnügt er sich mit einer „rohen Schätzung“ auf 250 000 (wie im Vorjahr). Großes Gewicht ist den so ermittelten Zahlen also nicht beizumessen. Die beiden großen Zentralstellen der Arbeitgeberorganisationen, der Verein deutscher Arbeitgeberverbände und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände werden als „gemischte Verbände“ aufgeführt. Die Hauptstelle, die vaterländischen Arbeitgeberverbände, welche vornehmlich die Arbeitgeberorganisationen der Schwerindustrie umfaßt und zwar 2 Reichsverbände, 67 Bezirks- und 129 Ortsverbände, gibt seine Mitgliederzahl mit 6664 an, die 1 092 789 Arbeiter beschäftigen. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 8 Mitglieder und 41 787 Arbeiter. Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände umfaßt sieben Reichs-, 96 Bezirks- und 1092 Ortsverbände. Seine Mitgliederzahl wird wie im Vorjahr mit 50 000 angegeben, die Zahl der beschäftigten Arbeiter jedoch nur mit 1 800 000 gegen 1 600 000 im Vorjahr.

Aus dem Gebiete der Holzindustrie weiß die Statistik die folgenden Arbeitgeberverbände auf:

	Orts- verbände	Mitglieder	Zahl der beschäftigten Arbeiter
Arbeitgeberverbund für das deutsche Holzgewerbe	112	4688	59696
Verband deutscher Stuhlfabrikanten, Lauterberg	—	74	5000
Unabhängige Bezirksverb.	3	62	1450
Ortsverbände	16	274	6807
Verband d. Orgelbaumeister Deutschlands, Stuttgart	—	40	800
Verband der Perlmutt- industrie	20	900	
Gruppe deutscher Seeschiffswerften, Hamburg	131	5158	74653
Verband der Flugschiffwerften, Hamburg	5	25	36000
Arbeitgeberverband deutsch. Waggonfabriken, Charlbg.	—	102	1200
Verband deutscher Kinderwagenfabrikanten, Berlin	—	16	14500
	—	40	8000

Die Mitglieder der vier letztgenannten Organisationen kommen für die Holzindustrie nur mit Teilen ihrer Betriebe in Frage, weshalb sie nicht in die Aufstellung einzbezogen wurden. Die angegebenen Zahlen entsprechen bei den Seeschiffswerften denen des Vorjahrs, bei den Flugschiffwerften sind sie bei Mitgliedern wie Arbeitern um je 10 niedriger als 1910. Die beiden anderen Verbände erscheinen erstmals in der Statistik.

Die Arbeitgeberverbände aus dem engeren Gebiet der Holzindustrie umflossen im Jahre 1910 in 162 Ortsverbänden zusammen 5421 Mitglieder mit 70 994 Arbeitern. Es hat also nur die letztere Zahl eine Erhöhung, und zwar um 3659 erfahren. Innerhalb dieser Gruppe ist eine Verziehung der Zahlen von den Unabhängigen Orts- und Bezirksverbänden zugunsten des Arbeitgeberverbundes für das deutsche Holzgewerbe eingetreten. Letzterer zählte im Vorjahr in 133 Ortsgruppen erst 4344 Mitglieder mit 52 478 Beschäftigten. In der letzten Zählung durfte die Hamburger Sonderorganisation mit berücksichtigt sein, die wieder einmal ihren Anschluß an den Arbeitgeberverbund für das deutsche Holzgewerbe vollzogen hat. Auch der dieser Organisation corporativ angegeschlossene neue Verband deutscher Stoffindustrieller, Cassel, mit 22 Mitgliedern und 1000 Arbeitern über achtzehn Jahre, ist in den Zahlen enthalten. Der ebenfalls neue Verband der Perlmuttindustrie erscheint zum erstenmal in der Statistik, die Orgelbaumeister geben um fünf Mitglieder und 200 Arbeiter weniger an als für das Jahr 1910.

Für unseren Verband kommen im wirtschaftlichen Kampfe außer den hier angeführten Arbeitgeberverbänden noch die Verbände des Baugewerbes (besonders in Rheinland-Westfalen) sowie gemischte Verbände (Sachsen) in Frage, dazu verschiedenlich die Innungen. Soweit sich aus der Statistik übersehen läßt, ist der Fortschritt der Arbeitgeberverbände nicht gerade überwältigend. Daraus darf natürlich nicht geschlossen werden, daß wir in der Arbeit für den Ausbau der Gewerkschaften erlaubten dürfen. Im Gegenteil, es würde sich schwer räumen, wollten wir die Maße und den Einfluß der Unternehmerverbände unterschätzen. Unablässlich müssen wir bemüht sein, unsere Gewerkschaften auszubauen, denn je umfassender unsere Verbände sind, desto größer werden die Erfolge sein, die sie erringen.

Versammlungs-Anzeiger.

Geöffnet a. M. Samstag, den 5. Oktober
abends 8 Uhr. Versammlung der Wagner
im Gewerkschaftshaus, Elisenstr. 13 II, Berlin.

Anzeigen.

Dienstbüch. Auszahlung der Reiseunterstützung
bei gut dies. Rosenfelder.
Frankfurt a. M. Der Arbeitsnachweis be-
findet sich im Bureau, Altertheiligenstr. 51 I, geöffnet
vormittags von 9—10 Uhr, nachmittags von 3½—4 Uhr.
Bewilligung alter in der Holzbranche tätigen Arbeiter,
als Bau-, Möbel-, Maschinen-, Modell- und Küchen-
schreiner, Kästen-, Pfosten- und Rahmenmacher, Glaser,
Tischler, Bergländer, Wagner (Stellmacher) und die
in dieser Beratung beschäftigten Maschinen- und Hilfs-
arbeiter. Bewilligung für die Stadt und nach aus-
wärt. Ausgaben streng verboten.

Hannover. Der Arbeitsnachweis für Roh-
macher befindet sich im Bureau, Gewerkschaftshaus,
Mitschaf. 7 I, Birkenstr. 10. Ausgaben verboten.

Leipzig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen
befindet sich im Posthaus, Zeitzer Str. 32. Für die
Arbeitsvermittlung gelten besondere Bedingungen.
Ausgaben und jährliche Antragen sind nicht ge-
stattet. Die angestellten Kollegen haben sich in einer
Liste im Fabrikellenbüro zu melden.

Leipzig. Viele Kollegen, welche hier in Arbeit
treten wollen, sind verpflichtet, ihren Arbeitsnach-
weis zu benutzen. Schriftliche Anträge bei den
Unternehmern sind nicht gestattet. Auskünfte erteilt
der Arbeitsnachrichter Robert Zidler, Director 57.

Lübeck. Der paritätische Arbeitsnachweis für das
Holzgewerbe zu Lübeck befindet sich ähnlich 25 und
ist geöffnet vormittags abends von 6½—8 Uhr an. Die
gegenüber Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch diesen
Arbeitsnachweis. Ausgaben ist streng verboten.

Lüneburg. Kollegen, die hier in Arbeit treten
wollen, sind verpflichtet, ihren Arbeitsnach-
weis zu benutzen. Auskünfte befindet sich im
Gewerkschaftshaus, auf dem Harz 25. Die Arbeits-
vermittlung erfolgt abends 7 bis 8 Uhr. Das An-
tragen in den Werkstätten um Arbeit ist streng ver-
boten.

Mannheim-Ludwigshafen. Der Arbeitsnach-
weis für alle Branchen befindet sich nur im Büro
R. 34 II. Ausgaben sowie die Bewilligung des
ländlichen Arbeitsnachweises und des Arbeitsnach-
weises der Industrie ist strengstens verboten.

Hermann Lübeck. Tischler, geb. 31.12.1888 zu
Lübeck, geboren. Wird von seinen
Kollegengen genutzt. Kollegen, die seinen Aufenthalts-
orten wohnen, die Adressen senden an Max Lübeck,
Berlin-C. Postamt 2123.

Ludwig Grandegger. Malchirn, geboren
Ziffernummer 329 164, wird aufgefordert, seiner Ver-
bindung an die Zahlstelle Stuttgart nachzutun.
Kollegen, denen der Aufenthalt des Ludwig Grandegger
zumal werden erfüllt, diesesmal Mittwoch an den
Stuttgarter Ant. Rath, Rüttenscheide, Hansemöbelstr. 10 I,
Glangen zu lösen.

Gottlob Grüninger. Schreiner, von Reichen-
bach, Göppingen, wird er-
fragt, seine Kreise einzuhüllen an Gustav Hug-
eschloß, in Stuttgart, Untere Sachse 1.

Zahlstelle Hildesheim.

Sonnabend, den 12. Oktober, feiert unsere
Zunftfeier ihr

25 jähriges Stiftungsfest
in den festlich dekorierten Räumen des Ge-
werkschaftshauses. Die Kollegen der benach-
barten Zälestellen sind hierzu freudlichst
eingeladen. Das Fest findet nicht am
12. Oktober, wie in voriger Nummer ange-
geben, sondern am 12. Oktober statt.

Die Ortsverwaltung.

2 Tischler auf Möbel sucht:
A. Ahrendoth, Waldruh bei Schüttorf
an der holländischen Grenze.

Tüchtige Schreiner auf bessere Küchen-
möbel zum höheren Entzug genutzt.
Dresdner Werkstätte
für Möbel und Küchenmöbel.
Bruchsal (Baden).

Tüchtige Tischler
für Fabrikationsungen und Glasläden
nicht bei geringem Lohn und dauernder
Beschäftigung.

Fr. Bille, Bieck
an der Elbahn.

Tüchtige Stuhlbauer, Tischler und
Drechsler auf bessere Sitzmöbel bei hohen
Arbeitslohn für dauernde Beschäftigung
sucht. Fr. Georgi & Co., Stuhlfabrik
Kreuzberg, Über-Schönen.

Schreiner, die am besten, lackierte Schla-
ssen eingearbeitet sind, finden dauernde
Beschäftigung bei
Reichshofst. Möbelmühle, G. m. b. H.
Station Alzenheim a. d. Eis (Wald)
noch 2 tüchtige Tischler bei hohem
Loch. Oberstaufen.

Richard Hand, Möbelfabrik
Bregenz bei Dornbirn.

Reihende Schreinerei sowie ein älterer
Tischler, der erst die Schreinerei leiten
will, kann ich melden bei
A. Salomonius, Tischlerei mit elektrisch.
Strass. Straßburg (Westpreußen).

Tüchtige ältere Schreinerei auf gewis-
ser Zeit, um bessere Arbeit, haben für
dauernde Beschäftigung.

Gebr. Betsch, Tobels (Sachsen).

Tüchtige Arbeiter für Holzbe-
arbeitung. Tischler sollte tüchtige Tisch-
ler auf guten Lohn und dauernder Be-
schäftigung suchen von
Bosserjahrbiß Werk. Betsch, Tobels.

Erfahrene Möbelschreiner finden da-
uernde Arbeit in den
Werkstätten Bernard Stadler
Baderborn.

Einen tüchtigen Tischler auf Bau und
Möbel sucht sofort bei gutem Lohn und
dauernder Arbeit.

F. Teschen, Frechenstein, Ost-Priegnitz.

Tischler und Stuhlbauer für dauernde
Beschäftigung gesucht.

H. Tritschke & Co., Augusmöbelfabrik
Priegnitz.

Tüchtige Tischlergesellen auf gute eichene
Möbel stellt sofort ein.

Oswald Großpietsch, Möbelfabrik
Frechenstein, Schlesien.

Tischlergesellen auf furnierte Möbel ge-
sucht.

O. Goette, Trennbriicken.

Mehrere tüchtige Möbelschreiner für
dauernde, gutbezahlte Arbeit sucht
Ernst Beck, Möbel, Wietheim (Wlhg.).

Tüchtige Tischler auf nussb. und eichen-
Möbel bei dauernder Stellung (Winterarb.)
u. gutem Lohn sofort oder später gesucht.

H. Nebau, Tischlerei mit elekt. Betrieb
Frechenstein (Ost-Priegnitz).

Tischler auf Bauarbeit sofort gesucht.

Max Neumann, Prerow (Ostsee).

2 tüchtige Schreiner für Bau und
Möbelwerkstatt gegen hohen Lohn und dauer-
nde Stellung gesucht.

Wlh. Dier, Lüdenscheid, Westf.

Dauernde Beschäftigung finden einige tüchtig.

Stuhlbauer
sowie ein tüchtiger

Drechsler.

F. C. Ostberg, Königl. Bayer. Holzmöbelfabrik
Würzburg.

5 tüchtige Stuhlbauer, welche auf bessere
Lederarbeiten eingearbeitet sind, finden sofort
dauernde Altordarbeit bei

B. Müller & Wunschuh, Stuhlfabrik
Goldin, Neumarkt.

Teilarbeit findet nicht statt.

Zum sofortigen Antritt 3 Stuhlbauer
gesucht, welche auf bessere Sachen selbstständig
arbeiten können.

Emil Harzer, Osbernhau i. S.

2 tüchtige Fertigmacher für dauernde
Arbeit gesucht.

Werkstätten Bernard Stadler
Baderborn.

2 Stuhlbauer auf gute Sitzmöbel ein-
gearbeitet sucht.

Paritätischer Arbeitsnachweis
Hannover, Leinstr. 23.

Tüchtigen Polierer sucht sofort bei
hohem Lohn in dauernder Stellung. Einige
Erfahrung im Abputzen erwünscht.

Willy Hansen, Möbelfabrik, Gräblich, Medd.

Stockpolierer für dauernde Altordarbeit
sofort gesucht.

Rudolf vom Hau, Schirm- u. Spazierstock-
fabrik, Grämma i. Sa.

Tüchtige Abputzer und Polierer in
dauernde Stellung sofort gesucht.

Robert Vogel, Pianofabrik
Eilenberg, S. A.

Im Polieren gut erfahrene Drechsler
finden dauernde Stellung bei hohem Lohn.

Holzwarenfabrik Hans L. Jänsch
Mühlberg i. Thür.

Suche für sofort einen tüchtigen Drechsler
auf Tüpfelzüge bei gutem Lohn, Stellung
dauernd.

Julius Tappert
Stargard i. Pomm. Schrammstraße 25.

Tüchtiger Drechsler auf Bau und Möbel
für dauernd sofort gesucht.

Ant. Müller, Nachen.

Ein tüchtiger Drechsler auf Ovalrahmen,
Ein Zahnreider auf Ovalrahmen,
Einen Rahmenmacher,

Einen tüchtigen Verzierer, der auch ver-
goldet und bronziert kann.

Einen kleinen Furnierer auf Eichenleisten
zum 1. Oktober gesucht. Geb. Öffnen an
Furnierer A. Löhlein, Trebbin, Kreis
Teltow, Queenwaldsche Straße.

Einige gegebene Hartgummidrechsler finden
sofort dauernde Beschäftigung.

Gebrüder Merten, Gummibach, Nhl.
Furnierer-Fabrik, Drechsler, auch
für Galofit, steht sofort ein.

C. Münn, Straßberg (Berlin).

Zwei tüchtige Raumtmacher nach d. Schweiz,
zwei tüchtige Raumtmacher nach Sü-
deutschland sowie noch einige Stockpolierer
werden gesucht. meldungen erbeten an den
Zentralarbeitsnachweis für die Raum-
und Stockindustrie, Berlin S. 16.

2 tüchtige

Tischler

für Räumeinrichtungen und Glasläden
nicht bei geringem Lohn und dauernder
Beschäftigung.

Korbmacher auf grüne Arbeit für dauernd
gesucht.

G. Holzbart, Weißensee.

Gesucht 2 Korbmacher auf Mattarbeit.
Endw. Betsch, Trittan i. H.

6 Korbmacher auf grüne Mattarbeit
(Glockenrörde) sucht Heinrich Dötscher,
Selbstred bei Geestemünde.

3 selbständige, tüchtige

Gefällerarbeiter

für Peddigrohmöbel und 2 für gestäbte
Möbel finden dauernde Beschäftigung. An-
fragen zu richten an „Motana“, Kun-
stgewerbliche Werkstätten für Rohrmöbel in
Riga, Wallstr. 19. Russland.

Gesucht ein Korbmachergeselle auf Matt-
arbeit. H. Löwe, Korbmacher

Estebrügge, Hannover

3 Korbmachergesellen auf grüne Matt-
arbeit finden auf sofort dauernde Beschäf-
tigung bei Fred. Haberstein, Hagen in
Westfalen, Boelerstr. 14.

Jüngerer Korbmacher auf Peddigmöbel
sofort gesucht. Dauernde Stellung.

Paul Günther, Gauisch-Leipzig.

Korbmacher auf Mattarbeit stellt sofort
ein Frau Pauline Winkler, Korbfabrik
Hertsdorf im Miesengebirge.

Jüngerer Korbmachergeselle auf grüne
Arbeit sofort gesucht.

Franz A. Hesse, Korbmacher

Wittenberge (Elbe), Steinstr. 36.

Suche sofort tüchtigen Korbmacher auf
Grüngesälagen.

Arthur Bürger, Elsterwerda.

10 tüchtige Korbmacher auf Geschäftsrörde
(Drillinge) und Rohrarbeit werden sofort
gesucht. Arbeitsnachweis Eisleben, bei
Hilm. Heise, Südenholz 1 I.

Einige tüchtige Korbmacher auf Grün-
gesälagen gesucht.

Paul Drechsler, Weissenberg (Sachsen).

6 bis 8 Korbmacher auf Mattarbeit
(Glockenrörde) gesucht.

G. Barre, Bechhövede, Kreis Geestemünde.

6 Korbmacher auf Glockenrörde gesucht.

G. Ehlers, Selstedt, Kreis Geestemünde.

Korbmacher, auf alle Arten Gestellarbeit
tüchtig, und einen auf Großgeschäften ge-
sucht. Wöchentl. Verdienst 30—40 Kronen.

H. Wust, Innsbruck, Tirol.

Maximilianstr. 43.

Tüchtige Korbmacher auf weißlackierte
Leistenmöbel sofort gesucht.

Korbmöbelfabrik Josef Koch, Düsseldorf.

Tüchtiger Korbmacher

der mit Weißgesägen, Matte und Rohr-
arbeit vertraut ist, sofort gesucht.

G. Schatz, Korbwarenfabrik

Halberstadt, Göddensstr. 14.

Korbmacher a. Geschlag. gesucht. Höchster
Maff oder 27. Mit Wochenlohn. Reise-
entwidigung nach 3 Monaten Arbeit.

H. Kimmel, Rohrmöbelfabrik

Troisdorf, Bez. Köln a. Rh.

Zwei tüchtige Bürstenmacher auf dauer-
nde Beschäftigung gesucht.

Ernst Kneirim, Wermelskirchen, Eich 11.